

DER SOZIALDEMOKRATISCHE KÄMPFER



Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/inn/en

Justizopfer des Austrofaschismus rehabilitiert

Am 18. Jänner d.J. wurde im Nationalrat ein wichtiges Gesetz beschlossen, um das sich der Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen seit Jahren bemüht hat. Schon die ehemalige Justizministerin Maria Berger hatte über Initiative der Freiheitskämpfer eine Arbeitsgruppe zur Schaffung eines Gesetzes für die Rehabilitierung der Justizopfer 1933–1938 eingesetzt. Auch der SPÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim hat bereits vor Jahren einen ähnlichen Antrag im Nationalrat eingebracht. Zu guter Letzt haben die Grünen die Forderung nach Rehabilitierung in den Nationalrat gebracht. Bei den Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer/innen fehlte die Forderung bei keiner Veranstaltung, bei keiner Februarfeier.

Am Tag der Beschlussfassung des Gesetzes im Nationalrat begrüßte der Vorsitzende des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen und Opfer des Faschismus, Abg. z. NR a. D. Ernst Nedwed, die einstimmige Annahme des Aufhebungs- und Rehabilitierungsgesetzes, das die Debatte als einen historischen Beschluss bezeichneten.

Damit ist 78 Jahre nach den Februarereignissen 1934 und 67 Jahre nach der Befreiung im Jahr 1945 ein Kapitel der innen-

politischen Auseinandersetzung über den „Austrofaschismus“, der im Gesetz allerdings als „Unrecht im Sinne des Rechtsstaats“ umschrieben wird, teilweise abgeschlossen.

Besonders hervorgehoben in der Nationalratsdebatte wurde das Engagement der beiden Präsidenten des Nationalrates, Barbara Prammer und Fritz Neugebauer, sowie des Grün-Abgeordneten Steinhauser, die den Antrag nach vielen Verhandlungen und Beratungen mit Historikern und Opfervertretern, u. a. auch mit den Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer/innen, als Kompromiss zustande gebracht haben.

Wenngleich nicht alle Einwände vonseiten der Historiker und Opfervertreter in dem Kompromissvorschlag berücksichtigt werden konnten, entschädigt doch der Beschluss des Nationalrates für die Bemühungen, einen allgemein akzeptierten Gesetzestext zustande zu bringen, der in einigen Punkten klare Aussagen enthält.

Von der Rehabilitierung sind jene Personen betroffen, die zwischen 6. 3. 1933 und 12. 3. 1938 strafgerichtlich verurteilt oder verwaltungsrechtlich angehalten oder ausgebürgert wurden, weil sie „in Wort oder Tat für ein unabhängiges demokratisches und seiner geschichtlichen Aufgaben bewusstes

Österreich eingetreten“ sind (Text aus dem Opferfürsorgegesetz).

Die entsprechenden Urteile und Entscheidungen werden nicht nur aufgehoben, auch ihr Unrecht wird in einer eigenen Klausel dezidiert festgehalten.

Über diese allgemeine Aufhebung und Rehabilitierung hinaus können betroffene Personen bzw. deren Ehegatten, eingetragene Partner, Lebensgefährten, Verwandte in gerader Linie oder Geschwister außerdem per Antrag eine Feststellung erwirken, damit die Verurteilung als nicht erfolgt gilt. Für Zweifelsfälle wird beim Justizministerium ein sechsköpfiger Beirat eingerichtet. Das Gesetz tritt am 1. März d.J. in Kraft.

Ernst Nedwed dankte im Namen vieler Mitglieder des Bundes, unter denen es auch Angehörige der Opfer gibt, all jenen, die am Zustandekommen dieses Gesetzes engagiert beteiligt gewesen sind, u. a. Staatssekretär Josef Ostermayer.

Besonderer Dank gebührt den Rednern im Plenum, Abg. Hannes Jarolim, Abg. Günther Kräuter und Abg. Johann Maier, die auch die Mitarbeit der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer/innen hervorgehoben haben.

Auch Grün-Abgeordneter Steinhauser hat in der Debatte in Erwähnung der Angehörigen

von Opfern auf den tragischen Fall von Karl Fischer, eines Freundes von Josef Hindels aus der Zeit von 1934 bis 1945, hingewiesen. Dieser wurde von den Austrofaschisten und später von der Gestapo verfolgt und während der sowjetischen Besatzung im Mühlviertel als „Trotzkist“ verhaftet, in die Sowjetunion deportiert und zu einer hohen Freiheitsstrafe verurteilt. Nach dem Staatsvertrag wurde er in der Sowjetunion rehabilitiert und nach Österreich entlassen. Die letzte Rehabilitierung kann erst jetzt nach dem neuen Gesetz erfolgen, nämlich die der Strafen, die in der Zeit des Austrofaschismus erfolgten.

Besonders berührend war die Rede von Barbara Prammer, in der sie auf ein tragisches Kapitel in ihrer näheren Heimat Holzleithen einging. 1934 wurden auf der Bühne eines Gasthauses sechs Schutzbündler, darunter auch unbewaffnete Sanitäter des Republikanischen Schutzbundes, „standrechtlich“ erschossen.

Mit diesem Gesetz ist die Legende von der „geteilten Schuld“ am Bürgerkrieg gewaltig erschüttert. Die Diskussion über die Jahre 1934 bis 1938 wird weitergehen, aber von einer neuen realistischen Grundlage aus. Diese Zeit der Diktatur und der Unmenschlichkeit darf nicht vergessen werden. ■

Gedenken am 1. November 2011

Bei den Gedenkfeiern am 1. November 2011 stand vor allem die Forderung nach einer Rehabilitierung der Opfer des Austrofaschismus im Vordergrund. Darüber wurde ausführlich längere Zeit zwischen den drei Parlamentsparteien SPÖ, ÖVP und Grüne verhandelt. Auch die Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer/innen hatten die Möglichkeit, an der Gestaltung des Gesetzes durch Gespräche mit den Abgeordneten und mit der Nationalratspräsidentin Barbara Prammer mitzuwirken.

Beim Gedenkmarsch auf dem Zentralfriedhof, an dem wieder hunderte Mitglieder der sozialdemokratischen Organisationen, vor allem des Bundes der Freiheitskämpfer/innen, teilgenommen haben, erhob der Bundesvorsitzende Ernst Nedwed erneut die Forderung, dass das Unrecht der Jahre 1933–1938, das den Weg in den Nazifaschismus bereitete, klar im Gesetz zum Ausdruck kommen müsse.

Die Hauptrede hielt diesmal Staatssekretär Josef Ostermayer, der in seinen Worten eine Parallele zog zwischen der wirtschaftlichen Krise der 20er und 30er Jahre, die eine Mitursache für die Schrecken und Katastrophen des Faschismus war, und der Wirtschaftskrise, vor der wir vor drei Jahren standen. „Wir sind vor einer ähnlich großen Krise gestanden, aber wir haben die Lektionen von damals gelernt und die richtigen Schlüsse gezogen, damit es nicht wieder eine so hohe Arbeitslosigkeit gibt“, sagte er. Gerade in Zeiten wie diesen sei es besonders wichtig, gegen Rechtsextremismus anzukämpfen und auch dort, wo sich Rechte „pseudohaft tarnen“, deren wahre Ideologie aufzudecken, so der Staatssekretär.

Die Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer/innen gedach-

ten im Besonderen auch der erst vor kurzem verstorbenen Genossen Jonny Moser, Alfred Ströer und Hugo Pepper.

Zum Abschluss des Gedenkmarsches, der traditionsgemäß im Ehrenhain für die Februar- und Spanienkämpfer stattfand, hielt der Landesvorsitzende der Jungen Generation Wilfried Zankl eine Rede, in der er sich vor allem mit dem verbrecherischen Mordanschlag eines ultrarechten Extremisten gegen sozialistische Jugendliche in Norwegen befasste und einen Bogen zu der internationalen Verflechtung der Rechtsradikalen zog. Er schloss mit einem Zitat von Stefan Zweig: „Der Nationalsozialismus hat sich vorsichtig, in kleinen Dosen durchge-

setzt – man hat immer ein bisschen gewartet, bis das Gewissen der Welt die nächste Dosis vertrag.“

Genauso agiert auch die FPÖ: immer mehr hetzen und Hass säen und wenn es für die Allgemeinheit zu viel wird, wieder einen kleinen Schritt zurückrudern. Dann muss ein Abgeordneter zurücktreten, der vorher – ganz in ihrem Sinne – für die Hetzer gute Dienste geleistet hat.

Wir dürfen nicht aufhören, gegen diese Tendenzen aufzutreten und genau, wie es der norwegische Ministerpräsident Jens Stoltenberg nach dem Attentat in Utøya gefordert hat, für noch mehr Offenheit und noch mehr Toleranz eintreten. ■



Staatssekretär
Josef Ostermayer



JG-Vors. Wilfried Zankl
und Herta Slabina



Schattendorf mahnt – 85 Jahre danach



Die Gemeinde Schattendorf lud am 30. Jänner 2012 anlässlich der 85. Wiederkehr des Jahrestages der Schüsse von Schattendorf am 27. Jänner 1927 zu einer Kranzniederlegung am „Grössing-Grab“ in den Friedhof von Schattendorf. Als Gäste konnten Käthe Sasso, Überlebende des KZ Ravensbrück, und Ernst Jaritz, als Vertreter des Bundesvorsitzenden, begrüßt werden.

Susanna Steiger-Moser war als Landesvorsitzende des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/inn/en und als Historikerin gebeten worden, einen Einblick in die Folgen dieses Ereignisses zu geben, die sich im Niedergang der Demokratie, der Zunahme der Gewalt im täglichen Leben und in einer Radikalisierung des politischen Lebens ausdrückten. Ein Überblick über die Entwicklung der Gewalt seit Bestehen des Burgenlandes bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges gab die Möglichkeit, auch Parallelen zu heutigen Ereignissen aufzuzeigen, vor allem die Radikalisierung der Sprache und den ständigen Missbrauch von Ausdrücken des Faschismus im heutigen politischen Sprachgebrauch.

NÖ-Gedenken an Februar 34 und Karl Gruber

Der Landesverband NÖ der Freiheitskämpfer veranstaltete im Februar das erste Karl Gruber Symposium in St. Pölten. Zum Thema „Der Weg in den Austrofaschismus“ referierte der geschäftsführende Vorsitzende des Landesverbandes, Harald Ludwig. Von den Freiheitskämpfer/innen und der SJ nahmen 30 Personen am Symposium teil.

Zuvor fand die Gedenkveranstaltung der SPÖ NÖ, der SJ und der Freiheitskämpfer/innen NÖ vor dem Mahnmahl gegen Faschismus, welches auf Initiative von Karl Gruber im Jahr 2001 vor dem SPÖ-NÖ-Haus errichtet wurde, statt.

LH-Stv. Sepp Leitner sagte beim Februargedenken:

„Die Ereignisse des 12. Februar 1934 prägten die österreichische Geschichte nachhaltig. Als der christlichsoziale Bundeskanzler Dollfuß im März 1933 die Demokratie ausschaltete und ein faschistisches System zu errichten begann, war es die Sozialdemokratie, die Widerstand leistete und für die Grundwerte der Republik: Freiheit, Gleichheit und Frieden eintrat“, erinnerte der Vorsitzende der SPÖ NÖ, LH-Stv. Dr. Sepp Leitner, in Anwesenheit von NR Anton Heinzl und dem SJNÖ-Vorsitzenden Andreas Beer anlässlich des Gedenkens der Februarereignisse 1934 in St. Pölten.

Mit dem Beschluss des Rehabilitierungsgesetzes zeigt das offizielle Österreich, dass es sich mit einem der schwierigsten Kapitel seiner Geschichte offen und kritisch auseinandersetzt. „Die Opfer von Justiz und Verwaltung der Zeit von 1933 bis 1938, die für ein demokratisches und freies Österreich eingetreten sind, werden mit diesem Gesetz rehabilitiert, und es wird all jenen Menschen Anerkennung gezollt, die zwischen 1918 und 1938 dieses Ziel verfolgt haben. Zweifellos

stellt das Rehabilitierungsgesetz einen historischen Meilenstein in der Aufarbeitung der Zeit des Austrofaschismus dar“, so Leitner abschließend.

Der Landesvorsitzende der NÖ Freiheitskämpfer, Nationalrat Anton Heinzl, sagte bei der Gedenkfeier: „Die Ereignisse vor mehr als 70 Jahren sollten für uns SozialdemokratInnen ein Auftrag sein, der Opfer von damals zu gedenken. Ihren Einsatz für die Verteidigung der jungen Republik und den Kampf gegen Faschismus gilt es stets zu würdigen und in Erinnerung zu behalten. Das sind wir den Opfern der damaligen Ereignisse schuldig.“



V. l. n. r.: St. Pöltner Vbgm. Franz Gunacker, Prim. a. D. DDr. Franz Todter, PVNÖ-Präs. Dr. Hannes Bauer, NR Anton Heinzl, SJNÖ-Vors. Andreas Beer, LH-Stv. Dr. Sepp Leitner und ÖGB-NÖ-Vors. Hermann Hanede

Gedenkkundgebung der Brigittenauer Freiheitskämpfer

Am 18. Februar 2012 fand die schon in einer langen Tradition stehende Gedenkkundgebung für die Opfer des Austrofaschismus im Josef-Gerl-Hof in der Brigittenau statt. Zirka 20 Personen waren gekommen, unter ihnen Bezirksvorsteher Hannes Derfler, Altbezirksvorsteher Karl Lacina und Bundesratspräsidentin a. D. Annelie Haselbach, um der Rede von Ernst Jaritz zu lauschen, der stellvertretend für den erkrankten Bezirksvorsitzenden der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer/innen in der Brigittenau, Kurt Cizek, sprach.

Heuer stand die Gedenkrede ganz im Zeichen von Josef Gerl, dessen Geburtstag sich heuer zum 100. Mal jährt und der am 24. Juli 1934 von den Austrofaschisten hingerichtet wurde.

Gerl erlernte den Beruf eines Goldschmieds und wurde nach der Behaltfrist wegen der herrschenden Wirtschaftskrise

gekündigt. Zeitlebens war er bitterarm und so ist es kein Wunder, dass er sich der Sozialdemokratie anschloss. Er engagierte sich für Demokratie und Freiheit und war nach der Niederlage im Februar 1934 vom Zurückweichen der Sozialdemokratie tief enttäuscht.

Nach einer versuchten Sprengung einer Bahnschwelle und einer Signalanlage verletzte er bei seiner Verhaftung einen Polizisten und wurde dafür mit dem Tod durch Erhängen bestraft.

Bei der anschließenden Kranzniederlegung im Sdzidzinahof wurde Franz Sdzidzinas gedacht, der als Februarkämpfer im Alter von nur 37 Jahren 1935 in Polizeihaft starb.

Jaritz wies auch darauf hin, dass die Parole „Wehret den Anfängen“ leider immer von der Realität eingeholt wird. Albrecht Konecny, Abgeordneter zum Bundesrat a. D., wurde beim Verlassen der Demonstration gegen den Burschenschaftler-Ball in der



Hofburg von einem Mann mit einem Schlagring, der mit Runen verziert war, niedergeschlagen und schwer verletzt. Polizisten, die sich in der Nähe aufhielten, griffen nicht ein und weigerten sich, Hilfe herbeizuholen. Das Funknetz sei überlastet.

Das darf nicht wieder geschehen.

Rückblick auf die Februarkämpfe in Linz und Steyr

Eine schon zur Tradition gewordene Veranstaltung der SPÖ OÖ ist das 12.-Februar-Gedenken in der Parteizentrale im ehemaligen Hotel Schiff. Hauptredner war dieses Jahr AK-OÖ-Präsident Johann Kalliauer, der in seiner Rede die betroffenen machenden Ereignisse des Jahres 1934 aus Sicht seines Vaters darlegte und dabei den Bogen zur Gegenwart spannte mit den Themen Wirtschaft und Finanzkrise, Gerechtigkeit und rechte Umtriebe.

Abschließend brachte SPÖ-Landesvorsitzender Joschi Ackerl in seiner markanten Art die Problematik einer Gesellschaft auf den Punkt, in der rechte Provokateure immer präpotenter auftreten.

Trotz eisiger Kälte gelang es dem Musik- und Gesangsduo Angelika Sacher und Klaus Bergmaier ausgezeichnet, leider viel zu selten gespielte Arbeiterlieder, wie z. B. „Schluss mit Phrasen“ oder „12. Februar 1934“, herzerwärmend vorzutragen.

Schon zuvor trafen sich – unter großer Beteiligung der Parteijugend – die Freiheitskämpfer/innen und Parteivertreter auf dem Bulgariplatz, um des 1934 hingerichteten Anton Bulgari mit einer Kranzniederlegung zu gedenken. Die Freiheitskämpfer begaben sich danach auch noch zum Bulgari-Grab, um auf seinem Grab einen Kranz niederzulegen und mit dem Absingen der „Internationalen“ seiner zu

gedenken sowie den Schwur abzulegen, den völlig desolaten Grabstein neu gestalten zu lassen.

Gegen Mittag fuhren ca. 70 Freiheitskämpfer/innen, SJ- und Gewerkschaftsjugendmitglieder nach Steyr, um dort bei einer Führung durch Ernst Schönberger die Schauplätze der Februarkämpfe zu besuchen. Beim Gedenkstein der Opfer der Februarkämpfe gedachte Peter Weidner in seiner wie gewohnt ansprechenden Weise der Opfer und mahnte zur Vorsicht vor den Gefahren der Gegenwart. Der Steyrer Arbeitergesangsverein gab auch diesem Gedenken einen würdigen Rahmen. Im Anschluss fand im Arbeiterheim Ennsleiten ein

informativer Vortrag über die katastrophale Lebenssituation der Steyrer Bevölkerung in den 30er Jahren statt. Bei den anschließenden Zeitzeugengesprächen – u. a. mit dem ehemaligen Steyrer Bürgermeister Franz Weiss – wurden sehr persönliche Erinnerungen und Eindrücke vorgebracht. Das musikalische Programm gestaltete wiederum das Duo Sacher/Bergmaier auf ganz exzellente und berührende Weise. Tief ergreifend war der Abschluss, als sich ca. 250 Personen von ihren Plätzen erhoben, um gemeinsam die „Internationalen“ zu singen. Ein wahrhaft würdiger Abschluss dieser sehr gelungenen Veranstaltung.

D. S.

Februargedenken in Mödling

Dreißig Genossinnen und Genossen aus dem Bezirk Mödling versammelten sich am Samstag, dem 11. Februar 2012 vor dem Mahnmal für die im Kampf gegen den Faschismus gefallenen Mödlinger auf dem Mödlinger Friedhof. Nachdem Stephan Schimanowa einschlägige Gedichte von Brecht

und Fried gelesen hatte und Altbürgermeister Werner Burg die Geschehnisse des 11. Februar 1934 kurz geschildert hatte, hielt Bundesministerin Gabriele Heinisch-Hosek die Gedenkrede, in der sie auch auf die besorgniserregenden Ereignisse der letzten Zeit einging.



Hans Karl Uhl, Christian Wöhrleitner, Gabriele Heinisch-Hosek, Hannes Weninger, Karin Scheele, Stephan Schimanowa und Werner Burg

Gedenken in Eiseskälte am Schwechater Waldfriedhof



Bei zweistelligen Minusgraden begingen am 12. Februar 2012 die Sozialdemokraten im Bezirk Schwechat das Gedenken für die Opfer der Februarkämpfe 1934. Auf dem Schwechater Waldfriedhof waren zahlreiche Teilnehmer/innen des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und befreundeter Organisationen zum Mahnmal gegen

Krieg und Faschismus gekommen. Der Vorsitzende des Mauthausen-Komitees, Willi Mernyi, forderte in seiner Gedenkrede persönliches Engagement in der Auseinandersetzung mit dem heutigen Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit ein. Das Zusammenwirken aller Kräfte, speziell das der Jugend, müsse die Demokratie schützen.

Februarkundgebung in Wien-Simmering

In bitterer Kälte fand diesmal die zentrale Kundgebung der SPÖ auf dem Polkorabplatz statt. Das ist ein Teil des Simmeringer Marktes, auf dem in den letzten Jahren eine groß angelegte Volkshochschule entstanden ist. Hunderte Teilnehmer aus der SPÖ, Mandatäre und Mitglieder sozialdemokratischer Organisationen, vor allem eine große Gruppe der Sozialistischen Jugend, kamen, um der Opfer des 12. Februar zu gedenken, aber auch um Forderungen für die gegenwärtige Politik zu stellen.

Zu Beginn entschuldigte Stadtrat **Michael Ludwig** den vorgesehenen Hauptredner Bürgermeister Häupl, der wegen der aktuellen Verhandlungen zwischen Regierung und Landeshauptleuten unabhkömmlich war. Ludwig, selbst Mitglied des Vorstandes der Freiheitskämpfer/innen, dankte vor allem den Organisatoren der Kundgebung – Wiener Bildung, den Freiheitskämpfern und den Jugendorganisationen. Stellvertretend für die anwesenden Mandatäre begrüßte er den Wiener Landespartei sekretär, Gemeinderat Christian Deutsch.

Ludwig gratulierte zuerst den Freiheitskämpfern für ihren unermüdlichen Kampf um die Rehabilitierung der Opfer des

Austrofaschismus, die nun mit dem Gesetzesbeschluss im Nationalrat einen Erfolg verzeichnen können. Der Kampf gegen rechts ist aber auch ein Kampf gegen die Ewiggestrigen von heute, die sich mit der Unterstützung des WKR-Balles der rechten Burschenschaften klar deklariert haben. Die Erklärung des FPÖ-Vorsitzenden Strache, dass „sie nun die neuen Juden der Gegenwart“ wären, löste Proteste in der gesamten Republik aus. Das ist ein Vergleich, der angesichts der Millionenopfer der europäischen Juden ungeheuerlich ist. Es bleibt daher die Aufgabe der Sozialdemokratie, wachsam gegen rechts zu sein.

Bundsvorsitzender Ernst Nedwed beschäftigte sich gleichfalls mit dem WKR-Ball, vor allem mit den unerhörten Vorfällen beim Überfall auf den ehemaligen Vorsitzenden der SPÖ-Bundratsfraktion, Konecny, bei dem die Polizei nicht helfend eingeschritten ist. Nedwed berichtete, dass er einen Protestbrief an die Innenministerin gerichtet hat, von der die Opferverbände eine Antwort über die Untersuchungen dieser Affäre erwarten. Der Bundsvorsitzende verwies auf die große Zahl der Februarfeiern in ganz Österreich, die zeigen, dass die Organisation der Freiheitskämpfer gemeinsam

mit der SPÖ die Verteidiger der Demokratie von damals nicht vergessen haben und nunmehr auch mit dem Rehabilitierungsgesetz die Anerkennung der Republik erhalten haben.

Freiheitskampf heute heißt, die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus zu führen, aufzuklären und fallweise die Behörden aufzufordern, gemäß unseren Gesetzen rechtzeitig einzugreifen. Zum Schluss dankte Nedwed vor allem der Sozialistischen Jugend, mit der es traditionsgemäß eine hervorragende Zusammenarbeit gibt.

Als Vertreterin der Sozialistischen Jugend befasste sich deren **Vorsitzende Irini Tzaferis** mit den Zusammenhängen zwischen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und dem Wiederaufkommen von Faschismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Gerade die Jungen müssen aus der Geschichte lernen: Die Massenarbeitslosigkeit der 30er Jahre hat den Aufstieg der Nazis beschleunigt, deshalb sind Vollbeschäftigung und gute Ausbildung für die Jugend eine Forderung, die auch der Gefahr von rechts entgegenwirken kann.

Landtagsabgeordneter Harald Troch stellte als Historiker und Bezirksvorsitzender von



Simmering diesen Bezirk als ein Bollwerk im Kampf gegen den Faschismus dar. Schon in den 1930er Jahren hat es im Bezirk heftige Auseinandersetzungen mit nationalsozialistischen Schlägertrupps gegeben, aus denen leider die ersten Todesopfer hervorgegangen sind. Auch in den Kämpfen des 12. Februar hat es Opfer im Bezirk gegeben. Für die Gegenwart nahm Harald Troch klar gegen jede rassistische und nationalistische Hetze, zum Beispiel der FPÖ, Stellung. In dieser Stadt wird es keine Verfolgung von Flüchtlingen und Zuwanderern geben. Daher ist es notwendig, weitere intensive Maßnahmen für die Integration und für das Zusammenleben in der Stadt zu setzen. Das ist Grundlage einer sozialdemokratischen Gesinnung, die wir uns von niemandem nehmen lassen. ■



Stadtrat Michael Ludwig bei seiner Gedenkrede



V.l.: M. Schober, H. Troch, I. Tzaferis, E. Nedwed, M. Ludwig

Gedenken an die Opfer in Salzburg

Rund 100 Personen nahmen am 1. November 2011 an der Gedenkfeier der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer/innen auf dem Salzburger Kommunalfriedhof teil. „Die Schicksale der Betroffenen müssen konsequent weiter aufgearbeitet werden“, betonte dabei der Vorsitzende der Salzburger Freiheitskämpfer, LH-Stv. David Brenner.

Für die diesjährige Gedenkfeier konnte Marko Feingold, Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde Salzburg, als Hauptredner gewonnen werden. „Ich freue mich sehr, dass Marko Feingold als Überlebender und Zeitzeuge heute unter uns ist. Aktuelle Beispiele wie in Ungarn zeigen, wie wichtig

es ist, auch heute vor faschistischen und autoritären Gefahren zu warnen“, betonte Brenner in seiner Begrüßungsrede. „Wir müssen uns bewusst sein, dass die Demokratie keine Selbstverständlichkeit ist, sondern engagierte Bürgerinnen und Bürger benötigt, die diese mitgestalten und verteidigen“, so Brenner weiters.

In seiner Rede kam Marko Feingold auf seinen Überlebenskampf in mehreren Konzentrationslagern zu sprechen. Dabei betonte er die Notwendigkeit, die Erinnerung an die Gräueltaten des NS-Regimes wachzuhalten. Feingold, der im Jahr 1939 nach Auschwitz deportiert wurde, überlebte sechs Jahre Terrorherrschaft der National-

sozialisten. „Es ist mir daher ein besonderes Bedürfnis, gerade jungen Menschen von meinem Erlebten zu berichten, um ihnen eine Vorstellung geben zu können, was es heißt, nicht in einem demokratischen Rechtsstaat zu leben“, so Feingold.

Noch immer sind viele Opfer des Faschismus unbekannt. So gehen ExpertInnen davon aus, dass knapp die Hälfte der in Konzentrationslagern und Zuchthäusern ermordeten Frauen und Männer aus der Stadt Salzburg nach wie vor namentlich nicht bekannt sind. Auch die Zahl der ermordeten Kriegsgefangenen und ZwangsarbeiterInnen ist schwierig zu ermitteln.

„Gerade deshalb ist es so wichtig, der Opfer des Faschis-

mus zu gedenken. Wir möchten in Erinnerung rufen, dass es noch vielerlei Anstrengung bedarf, um die Schicksale der unzähligen Ermordeten aufarbeiten zu können“, betonte Brenner weiters.

In Kooperation mit dem Renner-Institut Salzburg wurde daher von den Salzburger Freiheitskämpfer/inne/n das Forschungsprojekt „Widerstand in Salzburg 1941“ konzipiert. Dabei wird versucht, die Widerstandsaktivitäten des Jahres 1941 gegen das NS-Regime in Salzburg zu rekonstruieren. „Anhand von Einzelschicksalen sollen Motive, Motivationen und Konsequenzen der NS-GegnerInnen beschrieben werden“, so Brenner abschließend. ■

Am Ehrengrab von Alfred Ströer



Anlässlich des 91. Geburtstages des kürzlich verstorbenen Ehrevorsitzenden der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer/innen, Alfred Ströer, besuchte eine Delegation der Freiheitskämpfer gemeinsam mit Maria Ströer und Angehörigen das neu erschaffene Ehrengrab auf dem Zentralfriedhof.

Der Vorsitzende Ernst Nedwed und die stellvertretende Vorsitzende Herta Slabina legten einen Kranz der Erinnerung und des Dankes nieder.



Die Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer/innen gedenken am 1. November auf dem Salzburger Kommunalfriedhof (v. l. Brenner, Feingold, Androschin)



Diskussion im Justizministerium: Adolf Eichmann vor Gericht

Am 14. Dezember 2011 fand im Bundesministerium für Justiz eine Podiumsdiskussion zum Prozess Adolf Eichmanns im Jahr 1961 vor dem Jerusalemer Bezirksgericht statt. Auf dem Podium hatten Prof. Dr. Gerhard Paul, Priv.-Doz. Dr. Heidemarie Uhl, Univ.-Prof. Dr. Sybille Steinbacher, Dr. Winfried Garscha und Mag. Philipp Lesiak Platz genommen.

Der Prozess gegen Eichmann vor dem Jerusalemer Bezirksgericht vor 50 Jahren wurde zu einem großen Medienereignis, das man als ersten Prozess des telemedialen Zeitalters bezeichnen kann. Zum ersten Mal erhielten die Schilderungen der Opfer weltweit Aufmerksamkeit, da bis zu diesem Gerichtsverfahren Zeugen nur über die Echtheit von Unterlagen und Dokumenten

des NS-Regimes befragt worden waren. Über das Fernsehen erfolgten die Übertragungen zum Prozessverlauf in den USA, der Bundesrepublik Deutschland und Österreich und erweckten allgemeines Interesse in der Weltöffentlichkeit für die Gräueltaten des Hitler-Regimes an Juden, Sinti und Roma. Im Gerichtssaal selbst befand sich der wegen seiner NS-Verbrechen angeklagte Adolf Eichmann in einem Glaskäfig, von dem aus er sich in sehr geschickter Weise als Diener und Befehlsausführer des reichsdeutschen Regimes darstellte und zu verteidigen versuchte.

Das gelang ihm so gut, dass selbst die Berichterstatterin Hannah Arendt Eichmann der Weltöffentlichkeit nicht als menschliches Monster und Verbrecher präsentierte, sondern als Schreibtischtäter und Befehlsempfänger,

der nur aus Pflichtgefühl gegenüber seinem Vaterland gehandelt hatte.

Eichmann, 1906 in Solingen in Deutschland geboren, kam als Kind mit seinen Eltern nach Österreich, wo er in bürgerlichem Milieu aufwuchs. 1932 trat er der NSDAP und der SS bei und ging, nachdem die Partei verboten wurde, nach Deutschland zurück, wo er bald hohe Funktionen im Reichssicherheitshauptamt einnahm.

Nach dem Anschluss kehrte er 1938 nach Österreich zurück und leitete ein Sonderkommando, das sich mit der gezielten Verfolgung von Juden beschäftigte. Sein sogenanntes „Wiener System“ richtete sich auf die Enteignung und Abschiebung jüdischer Bürger und Bürgerinnen, indem Wohlhabende veranlasst wurden, die Ausreise Mittelloser zu finanzieren.

Das Wiener System wurde aufgrund seines Erfolgs auch in andere Länder exportiert und hatte nur einen Zweck, nämlich die Enteignung und die Vernichtung jüdischer Menschen.

So war es auch Adolf Eichmann, der im Ghetto von Riga die Massenerschießungen von Juden veranlasste, um alles judenfrei zu machen. Für die Konzentrationslager im Osten war er insbesondere auch der Transportchef der NS-Vernichtungsmaschinerie.

Nach Ende des Zweiten Weltkriegs wanderte Eichmann nach Argentinien aus, wo er schließlich vom israelischen Geheimdienst ausgeforscht und 1961 in Israel vor Gericht gestellt wurde. Der Prozess endete mit der Verurteilung Adolf Eichmanns im Dezember 1961 und der Hinrichtung im Mai 1962. ■

Waltraude Licen

Ari Rath besuchte Kreisky-Ausstellung in Krems

Am Dienstag, dem 29. November 2011, erhielt Ari Rath das Große Verdienstzeichen der Republik Österreich von Parlamentspräsidentin Mag. Barbara Prammer verliehen. Kurz zuvor besuchte er Krems.

Der enge Freund Bruno Kreiskys ließ es sich nicht nehmen, gemeinsam mit der Generalsekretärin des Bruno Kreisky Forums, Mag. Gertraud Auer Borea d'Olmo, die Karikaturenausstellung über Bruno Kreisky zu besuchen. Dabei wurde er von Vizebürgermeister Prim. Dr. Reinhard Resch und den Gemeinderätinnen Andrea Bergmaier und Dr. Helgard Rodriguez in Krems willkommen geheißen.

Ari Rath wuchs in Wien auf. Nach dem Anschluss musste er als Jude



fliehen und gelangte als 13-Jähriger mit einem Kindertransport 1938 nach Palästina. Dort war er eines der Gründungsmitglieder des Kibbutz Hamadia, wo er auch sechzehn Jahre lebte. Rath studierte Zeitgeschichte und Volkswirtschaft. Nachdem er sich dem Journalismus zuwandte, wurde er 1957 Redakteur der Jerusalem Post, 1975 übernahm er die Funktion des Chefredakteurs, 1979 wurde er deren Herausgeber. Seit seinem Ausscheiden 1989 ist er freier Publizist und unterrichtete an der Universität Potsdam. Er ist nach wie vor ein Verfechter einer friedlichen Koexistenz der Israelis und Palästinenser. Für seine Verdienste um die israelisch-deutsche und israelisch-österreichische Verständigung erhielt er zahlreiche Auszeichnungen. ■

Novelle 2012 zum Opferfürsorgegesetz

Nach längeren Beratungen wurde im Sinne einer Konzentration der Agenden des Opferfürsorgegesetzes im Bereich des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz eine Zuständigkeitsübertragung der erstinstanzlichen Opferfürsorge von der mittelbaren in die unmittelbare Bundesverwaltung durch den am 29. Februar 2012 einstimmig erfolgten Gesetzesbeschluss im Nationalrat vollzogen. Für eine solche Maßnahme hatte sich auch die Landeshauptleutekonferenz ausgesprochen. Die Opferfürsorgekommission und die in ihr vertretenen Opferverbände wurden vom Sozialministerium in den Gesetzesvorbereitungsprozess und das Begutachtungsverfahren einbezogen. Die Novelle tritt mit 1. 4. 2012 in Kraft.

Das Ziel der Novelle ist eine Zusammenführung der erstinstanzlichen Sozialentscheidung beim Bundessozialamt und seinen neun Landesstellen, die damit verbundene Nutzung von Synergien und die Verkürzung der Verfahrensdauer.

Gegenüber dem Begutachtungsentwurf, der auch einen Entfall der Rentenkommissionen vorgesehen hätte, wurde in den nunmehr geänderten Entwurf nach einer Besprechung der Opferverbände mit dem Sozialministerium die Forderung der Opferverbände, eine Rentenkommission beim Bundessozialamt zu installieren, aufgenommen, wodurch eine Vertretung durch die Opferverbände auch im erstinstanzlichen Verfahren weiter gegeben ist. Das zweitinstanzliche Verfahren mit dem Anhörungsrecht der Opferfürsorgekommission, in der die Opferverbände ebenfalls vertreten sind, wird durch die Novelle nicht berührt.

Wie in den Erläuterungen zu der Novelle festgehalten wird,

sprechen folgende Gründe für die vorgesehene Übertragung des Opferfürsorgegesetzes:

1. Es gibt einen einstimmigen Beschluss der Landeshauptleutekonferenz.

2. Aufgrund der unterschiedlichen Anzahl von Opfern und Verfahren in den einzelnen Bundesländern ist ein gleichmäßiger Erfahrungsstand der Vollzugsbehörden schwierig zu erhalten. Am 1. 7. 2011 bezogen in Wien 765, in Niederösterreich 100, im Burgenland 61, in Oberösterreich 79, in Salzburg 27, in der Steiermark 118, in Kärnten 734, in Tirol 16 und in Vorarlberg 2 Personen Rentenleistungen. Synergieeffekte werden durch die derzeitige Struktur hintangehalten.

3. Wie die parlamentarische Anfrage Nr. 4792/J der Abgeordneten Öllinger, Freundinnen und Freunde im Jahr 2010 ergab, kam es in verschiedenen Bundesländern zu Verfahren mit langer Verfahrensdauer. Gerade in Hinblick auf die Altersstruktur des Personenkreises (überwiegend 80 Jahre und älter) sind jedoch die Verfahren möglichst rasch abzuschließen.

4. Die erstinstanzlichen Entscheidungen in der übrigen Sozialentscheidung sind traditionell beim Bundessozialamt konzentriert, sodass durch die Übertragung Synergieeffekte genutzt werden können, wodurch ein rascherer Verfahrensabschluss erreichbar wird. Die durchschnittliche Verfahrensdauer für die Erst- und Neubemessungsanträge nach dem Kriegsopferversorgungsgesetz liegt derzeit deutlich unter sechs Monaten. Dies ist auch das Ziel für die Verfahren nach dem Opferfürsorgegesetz. Durch die Organisationsstruktur des Bundessozialamtes, das in allen Bundesländern über

Landesstellen verfügt, ist eine bürgernahe Betreuung der Opfer und Hinterbliebenen vor Ort gewährleistet. Zudem steht den Anspruchsberechtigten, die zumeist auch gesundheitlich beeinträchtigt sind, das umfassende Beratungs- und Betreuungsangebot des Bundessozialamtes für Menschen mit Behinderungen offen, sodass – insbesondere im Rahmen einer persönlichen Kontaktaufnahme – Hilfestellung durch das Bundessozialamt weit über den Bereich der Opferfürsorge hinaus ermöglicht wird.

5. Insbesondere mit dem Personenkreis der Berechtigten nach dem Kriegsopferversorgungsgesetz, das vom Bundessozialamt vollzogen wird, bestehen seit Jahrzehnten sehr gute Kontakte über die Interessenorganisationen (Kriegsof- und Behindertenverband Österreich, Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände und Widerstandskämpfer Österreichs).

Die Novelle soll somit folgende positive Auswirkungen haben:

Die etwa 3.000 Opfer und Hinterbliebenen (davon rund 1.900 Rentenbezieher), die derzeit in sehr unterschiedlicher Anzahl von den Ämtern der Landesregierungen betreut werden – jeweils 700 bis 800 Rentenbezieher in Wien und Kärnten, etwa 100 oder (teilweise weit) weniger in den anderen Bundesländern –, werden in Zukunft von einem Amt mit gleichmäßigem Erfahrungsstand betreut werden können, das über besondere Erfahrung im Umgang mit älteren Menschen verfügt und verwandte Gesetzesmaterien der Sozialentscheidung vollzieht. Den Anspruchsberechtigten wird das umfassende Beratungs- und Betreuungsangebot des Bundessozialamtes für Menschen mit Behinderungen offenstehen, das

gleichzeitig über die neun Landesstellen bürgernah ausgestaltet ist.

Die Aufregungen, die es da und dort unter nicht oder teilinformierten Kommentatoren gegeben hat, dürften durch diesen Gesetzesbeschluss aufgeklärt bzw. widerlegt sein. Es besteht kein Grund eines Misstrauens gegenüber den Stellen des Bundessozialamtes, die ihre Arbeit auf diesem Gebiet vorbildlich geleistet haben und auch das Opferfürsorgegesetz bestens handhaben werden. Wir empfehlen allen, die sich mit den Fragen der Opferfürsorge befassen wollen, sich direkt mit den Vertreter/innen in der Opferfürsorgekommission, aus den Opferverbänden (dem KZ-Verband, der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten und dem Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen) sowie mit der Israelitischen Kultusgemeinde ins Einvernehmen zu setzen. ■

Befreiungsfeier Mauthausen 13. Mai 2012

Die Landesverbände der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer von Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Tirol und Wien führen am Sonntag, dem 13. Mai 2012 wieder Busse nach Mauthausen. Der Beginn der sozialdemokratischen Gedenkfeier ist um 9.30 Uhr.

Anmeldungen ab sofort in den Sekretariaten bzw. bei den Vorsitzenden der Landesverbände: NÖ: Harald Ludwig: 02742/35 21 34, OÖ: Peter Weidner 0664/533 88 29, Salzburg: Alexander Neuner: 0662/42 45 00-400, Tirol: Helmut Muigg: 0512/53 66-17, Wien: Hannes Schwantner: 01/534 27-277.

Erfolgreiche Aktionen gegen den WKR-Ball

Schon im Vorfeld des Balls des Wiener Korporationsringes zeichnete sich ab, dass die Veranstaltung dieses Jahr mehr und breitere Kritik auf sich ziehen würde als in den Jahren zuvor. Das lag zum Teil sicher am Datum, dem Jahrestag der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz. Die Proteste der letzten Jahre haben aber auch zu einer erhöhten Aufmerksamkeit für die problematische Rolle des Balls als Vernetzungstreffen Rechtsextremer aus ganz Europa beigetragen. Jedenfalls sprachen sich schon im Vorfeld des Balles weite Teile der Zivilgesellschaft – von der Gewerkschaft bis zu verschiedenen Religionsgemeinschaften – gegen diesen scheinbar unpolitischen Ball aus, der Rauswurf der Burschenschaften und ihrer rechtsextremen Freunde seitens der Hofburg-Verwaltungsgesellschaft wurde schon Wochen vor dem Ball bekanntgegeben. In der Woche vor dem Ball wurde von der Initiative „Jetzt Zeichen setzen!“ ein dichtes und abwechslungsreiches Programm organisiert. Ein erfolgreicher Widerstand gegen das deutschnationale Treiben in der Hofburg kündigte sich also schon in den Wochen davor an. Die Polizei rechnete mit bis zu 3.000 KundgebungsteilnehmerInnen.

Gekommen sind weit mehr: Die Medien sprechen von über 6.000, die VeranstalterInnen gehen von bis zu 10.000 Menschen aus, die am 27. Januar auf und rund um den Heldenplatz ihren Unmut kreativ und auf unterschiedliche Weise kundtaten. Während der Demonstrationzug der „Offensive gegen Rechts“ von der Universität über den Ballhausplatz auf den Heldenplatz kam, zog ein weiterer Demonstrationzug mit starker Beteiligung solidarischer AntifaschistInnen aus Deutschland

und Tschechien vom Westbahnhof über die Mariahilfer Straße. Die im Vorfeld befürchteten Ausschreitungen seitens „deutscher Demotouristen“ blieben aus, vielmehr zeigten tausende Menschen, wie friedlicher und dennoch entschlossener Protest aussehen kann.

Nach Ende der Demonstrationzüge bewegten sich zahlreiche Kleingruppen zu Fuß oder auf dem Fahrrad Richtung Innenstadt und begannen nach Vorbild der Proteste gegen Neonazi-Aufmärsche in



Massenprotest gegen die Rechtsextremisten

Dresden die Zufahrtswege zur Hofburg zu blockieren. Einige DemonstrantInnen verteilten Flyer an Taxi-LenkerInnen, die diese über die Situation aufklären und den Protest verständlich machen sollten. Viele der TaxifahrerInnen verweigerten den Burschenschäftlern sogar den Transport, auch zahlreiche PassantInnen erklärten sich mit dem antifaschistischen Protest solidarisch. In der Herrngasse konnten zwei Reisebusse voller deutschnationaler Burschenschäftler fast eine Stunde lang aufgehalten werden. Die Baller-

öffnung verzögerte sich daher deutlich – die rechtsextremen Ballgäste haben den Unmut großer Teile der Bevölkerung deutlich zu spüren bekommen. Der Protest blieb jedoch weitestgehend gewaltfrei.

Zu späterer Stunde kam es leider doch zu körperlichen Auseinandersetzungen. Ein Burschenschäftler sprühte unbehelligt Pfefferspray in eine Gruppe DemonstrantInnen. Im Rathauspark wartete eine Gruppe rechtsextremer Hooligans auf Gelegenheiten, Antifa-

Angriffen auf die AntifaschistInnen. Einem solchen Angriff war auch unser ehemaliger Abgeordneter zum Nationalrat, zum Europäischen Parlament und zum Bundesrat Albrecht Konecny ausgesetzt. Er wurde auf dem Heimweg von der Demo von einem rechtsextremen Hooligan mit einem Schlagring niedergeschlagen und verletzt. „Eine Gruppe von sechs bis acht Polizisten war in der Nähe“, erzählte Konecny der Tageszeitung „Der Standard“. „Als ich blutend am Boden gelegen bin, haben sie mich ignoriert.“ Erst andere DemonstrantInnen halfen ihm auf, am Samstag erstattete er Anzeige. Der Angreifer habe eine Mütze mit Runen getragen, er sei „einer aus der Glatzen-Szene“ gewesen, sagt Konecny. „Diese Gewalt ist die Folge jenes hasserfüllten Klimas, das die FPÖ gesät hat“, kommentierte der Wiener LandesparteiSekretär Christian Deutsch diesen Vorfall in einer Presseaussendung.

Und während Neonazi-Hooligans friedliche DemonstrantInnen angriffen, beklagte in der Hofburg der Führer der FPÖ, Heinz-Christian Strache, den rauen Wind, der ihm und seinen Kameraden an jenem Tag entgegenwehte, mit den Worten: „Wir sind die neuen Juden“. Die Proteste um die Hofburg und vor den Buden der Burschenschaften seien „wie die Reichskristallnacht gewesen“. So sind sie, die extremen Rechten: Die Mittel ihres politischen Tagesgeschäftes sind Hetze, Hass und Angstmacherei. Aber wenn ihnen die Menschen einmal zu verstehen geben, dass sie diese Art der Politik ablehnen, dann ziehen sie sich ganz schnell zurück in die Opferrolle. Und das mit dem wohl geschmacklosesten Vergleich, den man an einem Jahrestag der Befreiung von Auschwitz bringen kann. ■

P.L.



Burgenland: Erinnern für die Zukunft

Der Landesverband Burgenland lud am 25. Jänner 2012 zu einer Veranstaltung in Eisenstadt ein. Doz. Dr. Heidemarie Uhl von der Österreichischen Akademie der Wissenschaften referierte über das Thema „Erinnern für die Zukunft. Wie soll das Gedächtnis an die Verbrechen des Nationalsozialismus/Faschismus weitergegeben werden?“

Die Veranstaltung wurde von unserem Verband bewusst Ende Jänner veranstaltet – denn in nächster terminlicher Nähe lag der 27. Jänner – der internationale Holocaust-Gedenktag. Er wird am Tag der Befreiung des KZ Auschwitz-Birkenau begangen. Am 30. Jänner wieder wurde in Schattendorf der Ereignisse vor 85 Jahren gedacht,

in deren Folge auch der Bürgerkrieg 1934 zu sehen ist.

Ereignisse in der Vergangenheit, an die erinnert werden soll, um derartige Entwicklungen in der Gegenwart und in der Zukunft rechtzeitig zu erkennen und dagegen einzuschreiten. Die Einschränkung der Pressefreiheit in Ungarn, das Massaker in Norwegen, die Einsetzung von nicht demokratisch gewählten Regierungen in Europa zeigen: Demokratiepolitisch bedenkliche Entwicklungen bestimmen unsere heutige Tagespolitik und damit unser Leben. Deshalb haben wir bewusst diese Bilder auf unsere Einladung gesetzt. Unsere Aufgabe ist auch das aktive Eintreten für demokratische Gesellschaftsstrukturen. Mit dem Erinnern an histo-

rische Ereignisse und deren Auswirkungen auf den einzelnen Menschen und dem gleichzeitigen Hinweisen auf bedenkliche Entwicklungen in der gegenwärtigen Gesellschaft wollen wir einen Beitrag leisten – gemäß dem Motto „Niemals vergessen“ und wichtiger denn je: „Wehret den Anfängen“.

Nach der Begrüßung durch die Landesvorsitzende Dr. Susanna Steiger-Moser leitete LR Dr. Peter Rezar, Vorsitzender des Landesfonds für die Opfer des Krieges und Faschismus, die Veranstaltung mit einem kurzen Rückblick auf die Situation im Burgenland ein.

Danach referierte Frau Doz. Dr. Uhl vor zahlreichen interessierten Gästen zum Thema (Ihr Forschungsschwerpunkt

Memory Studies – Gedächtniskultur und Geschichtspolitik mit Schwerpunkt Nationalsozialismus/Zweiter Weltkrieg/Holocaust). Sie legte den Umgang mit der Erinnerung in Österreich nach 1945 dar und erklärte die Situation in der Gegenwart, wie wichtig es ist, eine Erinnerungskultur weiter zu pflegen, damit die Ereignisse nicht vergessen und die politischen Begleitumstände damals und heute erkannt und verstanden werden.

Mit diesem Vortrag und der Bereitschaft zu unterstützen wollen wir Gemeinden und Verbänden im Umgang mit der Gedenkkultur ein Angebot und Hilfestellung bei der Aufarbeitung ihrer eigenen Geschichte im Zeitraum von 1934 bis 1945 bieten. ■

Extreme Rechte in Europa

Heribert Schiedel, Rassismus- und Rechtsextremismusforscher im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, hat nun das Buch „Extreme Rechte in Europa“ vorgelegt. Der Autor betont zunächst die Unterschiede zwischen Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und Neonazismus/Neofaschismus. Er zeigt aber auch die Gemeinsamkeiten auf und warnt davor, den Rechtspopulismus zu verharmlosen, da dieser, wie schon in der Vergangenheit, den geistigen Untergrund für rassistische, chauvinistische und demokratieskeptische Vorurteile bewusst

oder unbewusst nährt und sich ihrer politisch bedient. Der Autor zeigt auf, wie sehr sich die Grenzen zwischen den rechten Lagern innerhalb Europas zunehmend verwischen, und beschreibt die fortschreitende Vernetzung der rechtsextremen Bewegungen und Parteien. Dabei findet der Kampf „Abendland in Christenhand“, also das Feindbild eines militanten Islamismus, Unterstützung v. a. in Westeuropa, während der Rechtsradikalismus in Osteuropa auf „Juden“ und „Zigeuner“ zielt. Dabei hat der Antisemitismus im Westen keinesfalls ausgedient, auch wenn eine

FPÖ-Delegation sich in Israel mit jüdischen Rechtsradikalen getroffen hat. In der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzkrise finden das Märchen von der „jüdischen Weltverschwörung“ und das Ressentiment von den „Machenschaften und der Gier der internationalen Spekulanten der US-Ostküste“ neuerlich Wiederhall in den westlichen Gesellschaften. Der Autor sieht für die nahe Zukunft die Gefahr, dass gegen den gemeinsamen Feind die rechten, rechtsextremen und neonazistischen Gruppen und Parteien zusammenrücken, ihre nationalistischen Gegensätze und Querelen in den Hinter-

grund stellen und zumindest in Westeuropa ein geeinter rechter, gewaltbereiter Machtblock entsteht.

Für uns Freiheitskämpfer/innen und für alle Antifaschist/inn/en ist die in der Edition Steinbauer erschienene Studie von Heribert Schiedel eine wichtige, aktuelle Grundlage für unsere Arbeit, sie liefert uns neue Informationen über den Rechtsradikalismus in Österreich und zeigt seine Verflechtung mit rechtsradikalen bis neofaschistischen Bewegungen und Parteien in Europa auf. ■

Alfred Kohlbacher



Eine politische Reise durch Ex-Jugoslawien

Die SPÖ Wiener Bildung organisierte vom 9. bis 14. Juni 2011 eine politische Bildungsreise nach Ex-Jugoslawien. Besucht wurden die Hauptstädte Serbiens, Bosniens und Kroatiens. Bei Treffen mit Vertretern unserer sozialdemokratischen und sozialistischen Schwesterparteien konnten die ReiseteilnehmerInnen Informationen über die politische und wirtschaftliche Lage in den drei Ländern und ihren Hauptstädten sowie über die Situation der Schwesterparteien gewinnen.

1. BELGRAD

In Belgrad wurde die Reisegruppe im Rathaus vom Vorsitzenden des Stadtparlaments, Genossen Aleksandar Antić (SPS – Sozialistische Partei Serbiens) empfangen. Die Stadtregierung unter Bürgermeister Dragan Dilas (DS – Demokratische Partei) ist eine linke Minderheitskoalition, unterstützt von den Liberaldemokraten (LDP). 2012 finden die nächsten Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen statt. Angenommen wird, dass die DS wieder die Führung übernehmen wird, die Ultrationalisten schwächer, die Konservativen stärker werden.

Im serbischen Parlament wurde die Gruppe von der Parlamentspräsidentin Genossin Slavica Djukić-Dejanović (SPS) herzlich begrüßt. Einer ihrer Mitarbeiter erläuterte die parlamentarischen Verhältnisse und führte durch das Haus.

Bei einem Abendessen auf der Belgrader Burg gab es ein Treffen mit dem stellvertretenden Regierungschef und Verantwortlichen für Europafragen und europäische Integration Božidar Djelić (DS). Es wurden Fragen der Zusammenarbeit diskutiert.

Im Zuge einer Stadtführung konnte die Gruppe die wichtigsten Sehenswürdigkeiten der 1,6-Millionen-Stadt kennenlernen und von der wechselvollen Geschichte erfahren. Im Zweiten Weltkrieg wurde Belgrad von Hitlers Luftwaffe schwer bombardiert. Beim Angriff am 6. April 1941 starben 1.700 Zivilisten. Das sozialistische Jugoslawien baute die Stadt wieder auf und machte sie zu einem modernen Zentrum für Wirtschaft und Kultur.

Besonderes Interesse fand der Besuch des „Hauses der Blumen“, die Grabstätte von Marschall Josip Broz Tito. Leider war das angeschlossene „Museum der Geschichte Jugoslawiens“ nicht mehr zugänglich. Tito genießt nach wie vor hohe Verehrung und es herrscht eine gewisse „Jugoslawien-Nostalgie“ in weiten Teilen der Bevölkerung.

Der Zerfall Jugoslawiens gipfelte im Kosovokrieg. Ab 24. März bombardierte die NATO 78 Tage lang Ziele in Belgrad und anderen Städten. In Novi Sad zerstörten NATO-Bomben drei Donaubrücken.

Serbien will Mitglied der EU werden. Im Dezember 2009 hat Serbien die Kandidatur für die volle EU-Mitgliedschaft eingereicht und die gesuchten Kriegsverbrecher an das Haager Tribunal ausgeliefert. Noch zögert die EU.

Ein Kurzausflug nach Novi Sad zeigt drastisch das wirtschaftliche Gefälle zwischen Belgrad und den übrigen Teilen Serbiens. Viele Häuser der Stadt sind reparaturbedürftig, ehemalige Fabriken sind heute Ruinen. Die Krise macht Serbien zu schaffen. Die Arbeitslosigkeit liegt bei 20 Prozent, Tendenz steigend. Am linken Donauufer befindet sich das Denkmal, das an das Massaker an serbischen Juden erinnert, das von ungarischen Faschisten im Winter 1944 verübt wurde.

2. SARAJEVO

Die mehr als 300.000 Einwohner zählende Hauptstadt Bosnien-Herzegowinas war bis 1878 Teil des Osmanischen Reiches. Dann bis 1918 Kondominium der Habsburgermonarchie. 1914 war die Stadt Schauplatz des tödlichen Attentats auf Erzherzog Franz Ferdinand und seine Frau. Im Zweiten Weltkrieg war Bosnien-Herzegowina Teil des faschistischen Kroatiens, nach 1945 war Sarajevo Hauptstadt der sozialistischen Teilrepublik Bosnien-Herzegowina. Die Loslösung von Jugoslawien führte 1992 zum Bosnienkrieg. Sarajevo wurde 1.425 Tage von der damaligen bosnisch-serbischen Armee belagert und beschossen. 12.615 Menschen aller Volksgruppen fanden den Tod, die meisten waren bosnische Moslems.

Die Altstadt Sarajevos mit ihren Moscheen, dem türkischen Markt, dem bunten Treiben in den Straßencafés und auf den Plätzen hat wieder orientalisches Flair zurückgewonnen.

Das Ende des dreijährigen Bosnienkrieges und die Unterzeichnung des Dayton-Vertrags haben die Spannungen zwischen den drei Volks- und Religionsgruppen nicht beenden können. Dies bestätigte Frau Dr. Ulrike Hartmann von der Vertretung der Europäischen Union in Sarajevo bei einem Abendgespräch im Hotel Europe. Sie wies auf die anhaltenden politischen und sozialen Probleme hin. Im Oktober 2010 fanden Parlamentswahlen statt und bis Juni 2011 ist es nicht gelungen,

eine Regierung zu bilden. Der Dayton-Vertrag erweise sich als unbrauchbar, um das Land regierbar zu machen. Die Folge sei Stagnation. De jure ist Bosnien ein Protektorat der EU.

Weiterer Programmpunkt war der Besuch der österreichischen EUFOR-Truppen. Offiziere der österreichischen Truppe informierten über ihre Aufgaben und äußerten ihre Skepsis über die weitere politische Entwicklung Bosniens. Eine Lösung könnte dadurch erreicht werden, wenn die Führungen der drei Völker ihre Netzwerke durch neue Personen ersetzen würden. Die derzeitigen Führer waren vor dem Krieg, während des Krieges und sind jetzt noch immer an der Macht. Zum Abschluss war die Delegation zu einem Mittagessen in der EUFOR-Kantine eingeladen.

Während der Fahrt zur kroatischen Grenze sah die Delegation rechts und links der Straße zahlreiche noch immer verlassene Wohnhäuser und die Ruinen zerschossener Gebäude.

3. ZAGREB

Am letzten Tag der Bildungsreise hatte die Gruppe Gelegenheit zu einem Gedanken- und Erfahrungsaustausch mit unserer Schwesterpartei über die politische Situation in Kroatien und in der Hauptstadt Zagreb. Die Parlamentsabgeordnete und internationale Sekretärin Karolina Leakovic zum EU-Beitritt Kroatiens: „Alle Voraussetzungen seien erfüllt, alle Parteien befürworten den EU-Beitritt.“ Während die Regierungspartei HDZ noch 2011 das Referendum über den EU-Beitritt vor den Neuwahlen will, wünschen die Sozialdemokraten, dass die Wahlen vor dem Referendum stattfinden. Die Koalition des linken Zentrums hat gute Chancen, die Wahlen zu gewinnen. Als politische Prioritäten der SDP nannte Genossin Leakovic:

- Wiederbelebung der Wirtschaft
- Dezentralisierung, Regionalisierung des Zentralstaats
- Reform der sehr bürokratischen öffentlichen Verwaltung
- Reform des Justizwesens
- Priorität sozialer Fragen, der Bildung und des Gesundheitswesens

Delegationsleiter Marcus Schober wünschte der SDP weitere Erfolge in der politischen Arbeit.

Die TeilnehmerInnen der Bildungsreise bezeichneten die Reise als besonders informativ, sie sollte Vorbild für weitere Bildungsreisen der Wiener Bildung sein. ■

Alfred Kohlbacher

Gedenkstein in Hallein

Am 18. Jänner wurde auf Initiative des Halleiner SPÖ-Stadtparteivorsitzenden Walter Reschreiter eine Gedenktafel am ehemaligen Standort des KZ-Außenlagers Hallein enthüllt.

LH-Stellvertreter Mag. David Brenner, Vorsitzender der Salzburger Freiheitskämpfer/innen, betonte dabei in seiner Rede, wie wichtig es ist, das Bewusstsein gegen Faschismus und Nationalsozialismus weiter wachzuhalten. „Es geht darum, immer wieder bewusste Zeichen zu setzen – gegen eine rücksichtslose und skrupellose

Machtideologie, gegen eine irrwitzige Überlegenheits-Ideologie, gegen Rassenwahn, gegen Terror, gegen Zwangsarbeit und gegen bürokratisierten und industrialisierten Massenmord“, so Brenner.

Bis zu 90 Häftlinge waren zwischen 1943 und 1945 in dem KZ-Außenlager von Dachau dem SS-Terrorregime ausgesetzt und wurden als Zwangsarbeiter ausgebeutet. Weitere Außenlager des KZ Dachau befanden sich zudem noch in St. Gilgen, Bad Ischl, Fischhorn, Schloss Itter, Innsbruck, Neustift, Plansee sowie in der Stadt Salzburg. ■



Gedenken an „Kinder-Euthanasie“

Wenn überhaupt etwas die Menschheit retten wird, dann ist es die Erinnerung. Die Erinnerung an das Böse wird als Schutzschild gegen das Böse dienen.“

Diese Worte von Friedensnobelpreisträger Elie Wiesel wurden zum Motto der alljährlich von der Bezirksvorsteherin des 14. Wiener Gemeindebezirks, Frau Bezirksvorsteherin Andrea Kalchbrenner, veranstalteten Gedenkfeier für die in der NS-Zeit im Rahmen der sogenannten „Kinder-Euthanasie“ am Spiegelgrund und in Schloss Hartheim ermordeten Kinder und Jugendlichen erhoben.

In ihrer berührenden Rede schilderte Frau Mag. Waltraud Häupl zum Gedenken an die Opfer des organisierten Massenmordes an Kindern und Jugendlichen in den Jahren von 1940 bis 1945 die Leiden, und schließlich das bittere und unmenschliche Ende dieser 2.240 ermordeten jungen Menschen. Sie alle wuchsen meist elternlos auf, waren manchmal nur geringfügig körperlich beeinträchtigt oder einfach verhaltensauffällig. Dadurch gerieten sie in die unbarmherzigen Fänge der NS-Maschinerie, die sie schließlich über die Pflegeanstalt Baumgarten zu ihrer Vergasung nach

12. GEDENKFAHRT NACH ENGERAU IN MEMORIAM

PROF. Dr. JONNY MOSER

Sonntag 1. April 2012

Abfahrt 7.45 Uhr (Sommerzeit)

Rückkehr ca. 18 Uhr

Treffpunkt: 1020 Wien, Praterstern 1 (vor dem Jüdischen Institut für Erwachsenenbildung) U-Bahn Aufgang Heinestraße

Unkostenbeitrag: EUR 12,-

Anmeldung bis 20. März 2012 bei Dr.ⁱⁿ Claudia Kuretsidis-Haider

(Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz)

e-mail: kuretsidis@hotmail.com

Tel.: (01) 22 89 469 / 315

Informationen und Literatur:

<http://www.nachkriegsjustiz.at/service/archiv/GedenkfahrtEngerauBericht2011.pdf>

http://www.nachkriegsjustiz.at/ns_verbrechen/juden/Kuretsidis_Diss.php



Schloss Hartheim brachte. Dort wurden sie in als Waschräumen getarnten Kammern durch den jeweils diensthabenden Arzt mittels Giftgas getötet und anschließend im Krematorium verbrannt. Ihre Asche wurde dann ihren Angehörigen übergeben, sofern sie noch welche hatten.

Zum Abschluss der Veranstaltung wurde eine Gedenk-

minute für alle Opfer der NS-„Kinder-Euthanasie“ gehalten. In ihrer Abschlussrede schilderte Frau Bezirksvorsteherin Kalchbrenner in ergreifender Weise, dass ihr Vater als KZ-Häftling viermal zur Gaskammer verbracht worden war, aber jedes Mal wieder zurückgeholt wurde. ■

W. Lizen

Michael Häupl: „Klare Worte, klare Ziele!“

Am 28. Februar war die große Bank-Austria-Halle im Gasometer zum Bersten voll: Der Vorstand der Wiener SPÖ hatte alle Mitglieder eingeladen, die bereit sind, das Ergebnis der großen Mitgliederbefragung in den Monaten zuvor, im Herbst begleitet von Diskussionen in Mitgliederforen, zu erläutern.

Wiens SPÖ-Vorsitzender Bürgermeister Michael Häupl begann seine Rede überraschenderweise mit dem Überfall nach dem Hofburg-Ball der rechten Korps-Studenten auf den altgedienten Genossen Albrecht Konecny, der auf dem Heimweg in der Innenstadt mit einem Schlagring niedergeschlagen wurde, wobei ihm schwere Verletzungen zugefügt wurden. Häupl gab seiner Empörung mit scharfen Worten Ausdruck und erinnerte an Zeiten, die Österreich in den 30er Jahren mit allen Folgen erleiden musste.

„Wollen wir wieder in einer Zeit leben, als Nazis ungestraft auftraten und Antifaschisten niedergeschlagen werden? Das können wir uns nicht gefallen lassen!“ Der „blaue Führer“ der FPÖ versuchte, den Überfall infrage zu stellen und erfand stattdessen die hirnrissige These, seine Leute mit den verfolgten Juden im Hitlerstaat zu vergleichen.

Die wichtigste Aufgabe der SPÖ heute besteht, so Häupl, darin, dass es der Partei wieder gelingen müsse, mehr junge Menschen für die Politik zu begeistern, und für Gerechtigkeit und Solidarität einzutreten. „Wer nicht mit der Zeit geht, geht mit der Zeit“, formulierte Häupl drastisch.

Auch anlässlich des Antritts des neuen Chefs der Wiener ÖVP, Manfred Juraczka, kritisierte Häupl die schwarzen Vorstellungen, kommunale Betriebe zu privatisieren, wie es Spindelegger schon laut werden ließ.

Häupl sagte unter stürmischem Applaus: „Den Teufel werden wir tun, Herr Spindelegger, die Politik in Wien machen noch immer wir!“

Die Ergebnisse der größten Befragung, die die SPÖ unter ihren Mitgliedern je unternommen hatte, ergaben viel Zustimmung und überlegenswerte Neuerungen. Doch es wurde auch nicht „schöngeredet“, was insbesondere auch in Kritik an der Ausländerpolitik zum Ausdruck kam. 25 bis 27 Prozent, so

Häupl, äußern sich aus manchen Gründen kritisch. „Die einen sagen, wir machen zu viel für die Ausländer, andere sagen, wir machen zu wenig.“

In den nächsten Monaten, auch im Hinblick auf die nächste Nationalratswahl, werden fünf Arbeitsgruppen der Partei auf die wesentlichen Anregungen und Änderungswünsche eingehen. Beim Wiener Landesparteitag im April wird dies in entsprechenden Anträgen behandelt werden. ■



Karl Steinocher: Zeitzeugen-Interview

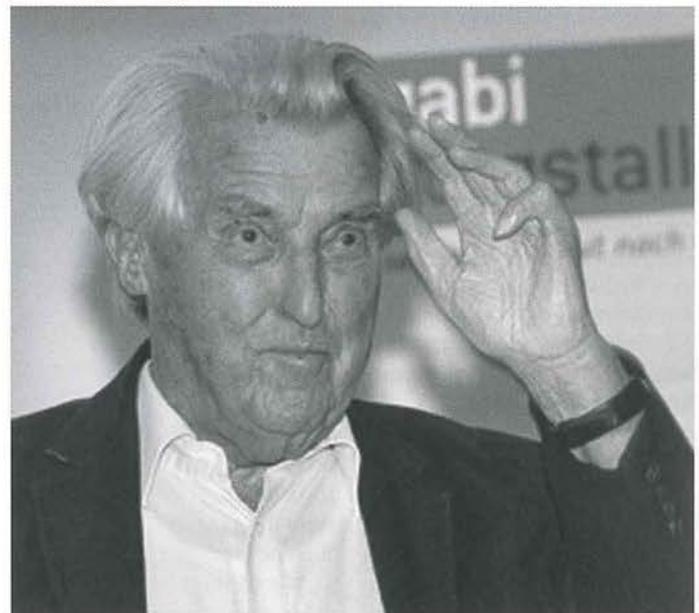
Seit Ende Jänner steht Interessierten ein Zeitzeugeninterview mit dem ehemaligen SPÖ-Landesparteivorsitzenden und LH-Stellvertreter a. D. Karl Steinocher auf YouTube zur Verfügung. Die Freiheitskämpfer/innen Salzburg bieten dieses Video nun auch kostenlos als DVD an. Die Bestellung kann im Landessekretariat Salzburg vorgenommen werden.

Im Interview kommt Karl Steinocher auf die Ereignisse im Austrofaschismus sowie im Nationalsozialismus zu sprechen. Auch die Aufbauarbeit nach Kriegsende wird dabei thematisiert. Karl Steinocher blickt dabei auf ein vielseitiges Politikerleben

zurück: als AK-Präsident, Bundesrat, Landtagsabgeordneter und LH-Stellvertreter von Salzburg.

In einer neuen Dokumentationsreihe präsentiert der Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen Salzburg die Biografien von ausgewählten Zeitzeug/inn/en. Den Anfang macht dabei Karl Steinocher, sozialdemokratisches Urgestein aus der Stadt Salzburg.

Der Bundesvorsitzende Ernst Nedwed weist ergänzend darauf hin, dass Karl Steinocher auch zur Aufbauorganisation der Sozialistischen Jugend gehörte und dabei mit Peter Strasser eng zusammenarbeitete. ■





Trauer um Hans Maršálek

Mit dem Widerstandskämpfer Hans Maršálek ist einer der wichtigsten Zeitzeugen der NS-Schreckensherrschaft verstorben, sagte Vorsitzender Ernst Nedwed, als er Ende des Jahres vom Ableben dieses bedeutenden Kämpfers gegen den Faschismus und bekanntesten Häftlings aus dem KZ Mauthausen erfuhr.

Bereits in seiner Jugend war Hans Maršálek gegen den Faschismus aktiv. 1942 wurde er von den Nazis nach Mauthausen deportiert. Dort organisierte er den Widerstand und rettete viele Mithäftlinge vor dem sicheren Tod. Nach der Befreiung wurde Maršálek mit der Gründung der Gedenkstätte Mauthausen beauftragt. Sein Buch „Die Geschichte des Konzentrationslagers Mauthausen“ gilt bis heute als Standardwerk.

Maršálek, der aus der tschechischen Minderheit Wiens stammte, war auch ein authentischer Vermittler des Unterdrückungsapparats und der Hierarchie im Lager. Bei einem Wochenendseminar des Bundes der Freiheitskämpfer in den 1990er Jahren, das er vom Bildungszentrum Praterstraße bis nach Mauthausen begleitete, lernten die Teilnehmer mehr als bei vielen längeren wissenschaftlichen Vorlesungen. Er wandte sich bei seinen Berichten auch gegen alle Übertreibungen, denn die Realität des NS-Verbechersystems war grausam genug.

Auch Bundeskanzler Faymann und Nationalratspräsidentin Prammer sowie viele Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und die Mitglieder der Opferverbände zeigten sich vom Ableben Hans Maršáleks tief betroffen. ■



Abschied von Hubert Jurasek

Anlässlich des Ablebens des Ehrenvorsitzenden der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekennner für Österreich, Dr. Hubert Jurasek, im November 2011 übersandte Bundesvorsitzender Ernst Nedwed ein Kondolenzschreiben, aus dem wir folgende Sätze zitieren:

„Dr. Jurasek war für uns in der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände und Widerstandskämpfer Österreichs stets ein loyaler und treuer Bündnispartner in der Aufklärung über die Naziverbrechen und im Kampf gegen den Rechtsextremismus von heute. Er stellte sein reiches juristisches Wissen in den Dienst der überlebenden Opfer, sodass sehr oft aufgrund seiner Vor-

schläge Verbesserungen erzielt werden konnten. Seine Mitarbeit in der Opferfürsorgekommission war von unschätzbarem Wert.“

Für uns, Sozialdemokratische Freiheitskämpfer/innen, war Jurasek ein Kontrahent in der Betrachtung des Regimes 1933 bis 1938. Seine Artikel wurden deshalb bei uns sehr oft kritisch betrachtet, aber nie ist daraus eine Feindschaft entstanden.

Ich denke auch daran, dass er im Gedenkjahr 2008 sehr objektiv namens der Arbeitsgemeinschaft im Rathaus über die Ereignisse vom März 1938 gesprochen hat und dabei die Zustimmung des größten Teils des Wiener Landtages erhalten hat.“

Wir werden Dr. Hubert Jurasek nicht vergessen. ■

Krems gedenkt Koloman Wallischs

In einer würdigen Feier gedachten der Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen sowie die SPÖ-Bezirksorganisation Krems des 1934 in der Zeit des Dollfuß-Standrechts hingerichteten Schutzbundkommandanten der Steiermark und Abgeordneten zum Nationalrat Koloman Wallisch. Ihm wurde in Krems-Lerchenfeld in der nach ihm benannten Koloman-Wallisch-Straße ein Gedenkstein gesetzt, bei dem ein Kranz niedergelegt wurde.

Bei der Feier sprachen Nationalrat Ewald Sacher und der Kremser Vizebürgermeister Prim. Dr. Reinhard Resch. An der Gedenkfeier nahmen auch zahlreiche weitere Mandatäre und Funktionäre des öffentli-

chen Lebens aus dem Bezirk und der Stadt Krems teil. Der Vorsitzende der Bezirksgruppe Krems der Freiheitskämpfer/innen, Mag. Klaus Bergmaier, freute sich über den außerordentlich guten Besuch der Gedenkveranstaltung, an der auch SPÖ-Landesgeschäftsführer StR Günter Steindl teilnahm. ■



Lesen unter Hitler

Wer sich mit deutschsprachiger Literatur während der Nazizeit beschäftigt, befasst sich oft in erster Linie mit verfemter und verbotener bzw. mit Exilliteratur. Doch was wurde „im Reich“ gelesen? Welche Ziele verfolgten Propagandaminister Joseph Goebbels und seine Kumpane? Christian Adam hat in seinem Buch 350 Titel analysiert. Voraussetzung war, die Werke sollten eine Auflage von 100.000 Exemplaren aufwärts haben. Sie waren somit die Bestseller der NS-Zeit. Romane und Ratgeber, Sachbücher und Kriegsberichte, Schnulzen und Landserhefte – die Geschichte der NS-Bucherfolge ist „das Gegenstück zur Geschichte der verbrannten und verbannten Bücher und Autoren“, schreibt Adam. Für alle Autoren galt ab 1933 der Mitgliedszwang in der Reichsschrifttumskammer, einer der sieben Einzelkammern der Reichskulturkammer. Politisch und/oder „rassisch“ missliebigen SchriftstellerInnen war damit ihre Erwerbsgrundlage entzogen.

Neben dem Spitzenreiter „Mein Kampf“ (Auflage 12,5 Millionen Exemplare), das jedem jungen Paar zur Hochzeit geschenkt wurde und Hitler ein fettes Bankkonto verschaffte, standen in den Wohnzimmern und Bibliotheken Bücher, die sich auch nach 1945 sehr gut verkauften. An der Spitze lag der Abenteuerroman „Anilin“ von Karl Aloys Schenzinger (1 Million). Gut im Rennen lagen auch Heinrich Spoerls Anekdotensammlung „Man kann ruhig darüber sprechen“ (890.000, Spoerl schrieb auch „Die Feuerzangenbowle“) oder Johanna Haarers Ratgeber „Die deutsche Mutter und ihr erstes Kind“ zur „Aufzucht des Neugeborenen“ (1,2 Millionen bis 1987). Die Bücher von Ehm Welk („Die Heiden

von Kummerow“, 730.000 bis 1937) erfreuten sich nach 1945 vor allem in der DDR großer Beliebtheit und wurden erfolgreich verfilmt.

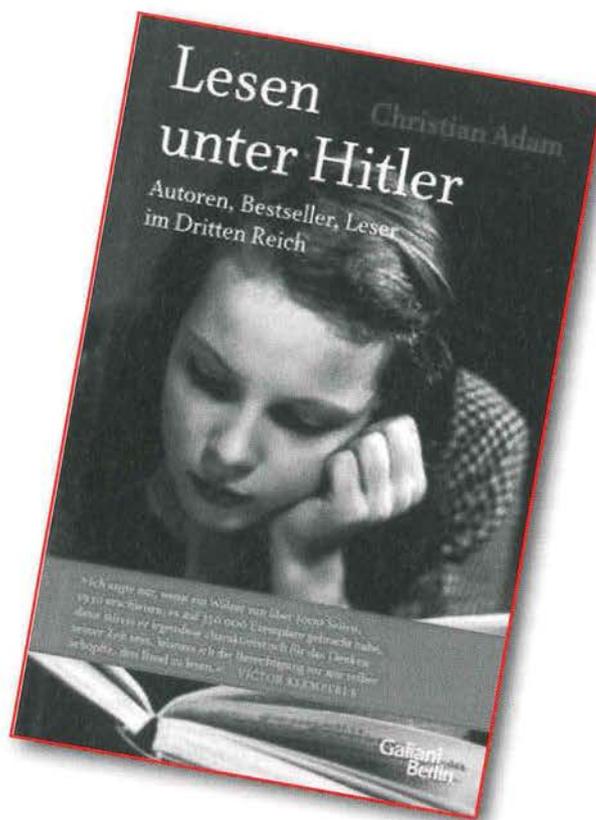
Überraschend ist der Erfolg von Antoine de Saint-Exupérys „Wind, Sand und Sterne“ (135.000). Immerhin stand der Pilot auf der gegnerischen Seite. Beliebt waren die Krimis von Agatha Christie und Edgar Wallace. Margaret Mitchells Südstaaten-Drama „Vom Winde verweht“ (366.000) verkaufte sich gut, zumindest bis zum Kriegseintritt der USA. Mit dem rassistischen Plädoyer für eine Gesellschaft mit Menschen erster und zweiter Klasse passte das Buch – ohne nationalsozialistisch zu sein – hervorragend in das Deutschland der 1930er Jahre. Abgesehen davon war das Buch „gut geschrieben und spannend“, was auch Victor Klemperer feststellte. Viel Typisches an Lesekost findet sich in Adams materialreicher Studie,

auch unverfängliche Klassiker oder Unterhaltungsliteratur und natürlich „Blut-und-Boden-Literatur“ oder Kriegs- und Propagandabücher, wobei Letztere fälschlicherweise unser heutiges Bild prägten. Tatsächlich blieben diese „Werke“ sowohl inhaltlich als auch quantitativ erstaunlich unbedeutend.

Adams Fazit ist, dass die Welt der Bücher bunt und vielfältig blieb, die Literaturpolitik voller Inkonsequenzen war. Zu groß war nämlich das dem NS-Staat immanente Kompetenzgerangel unter den Funktionären und Institutionen, die noch dazu auf zu wenig gute linientreue Schriftsteller zurückgreifen konnten. Ähnlich wie im Tonfilm wurde ab Kriegsbeginn der Fokus auf Unterhaltung und Ablenkung gelegt.

Zu Recht gehörte „Lesen unter Hitler“ 2011 zu den für den Wissenschaftsbuchpreis nominierten Büchern. ■

Gerald Netzl



Bundespräsident Heinz Fischer: „Kein hoher Orden an Strache“

Wien (OTS/SK) – Ernst Nedwed, Vorsitzender des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/inn/en, begrüßte die Entscheidung von Bundespräsident Heinz Fischer, das Große Goldene Ehrenzeichen mit dem Stern an FPÖ-Obmann Strache nicht zu verleihen, sondern vorläufig zurückzustellen. „Strache muss sich nun keine Gedanken mehr machen, ob er den hohen Orden tragen oder ausstellen möchte“, sagte Nedwed in einem Gespräch mit dem SPÖ-Pressedienst.

Bundespräsident Heinz Fischer hatte beschlossen, den entsprechenden Vorschlag der Regierung zurückzustellen. Anlass waren die Äußerungen Straches beim Ball des Wiener Korporationsrings. „Der FPÖ-Politiker hat durch seinen jüngsten Sager zum NS-Novemberpogrom 1938 wieder einmal bewiesen, dass er den Grundkonsens der Zweiten Republik als ‚Antithese zum Nationalsozialismus‘ für sich und für die FPÖ nicht zu akzeptieren bereit ist“, erklärte Nedwed. „Das sollten sich auch seine Unterstützer an der Basis vor Augen führen, denen er sich vor allem als Interessenvertreter des Volkes anbietet, aber in Wahrheit ein Mann der Ewigestrigen bleibt.“

Abschied von einer treuen Genossin – Hilde Oberbichler

Wir konnten es nicht fassen. Am Tage unseres Bundespräsidiums hat sie sich noch für die Sitzung entschuldigt. Am nächsten Tag mussten wir von ihrem plötzlichen Ableben Kenntnis nehmen.

Hilde war ein Kind der Ersten Republik, sie hat es nicht leicht gehabt, sie hat Faschismus und Krieg erlebt. Und ihre Familie hat besonders darunter gelitten. Ihr Vater, Schutzbündler und Mitglied der Rathauswache, wurde durch die Austrofaschisten verfolgt und von den Nazis misstrauisch beobachtet. Nach dem Krieg beendete sie die Handelsschule und kam 1948 als Sekretärin in die Sozialistische Jugend. Dort hat sie den Aufbau der SJ mit Peter Strasser, Josef Hindels, Hubert Pfoch, Leopold

Gratz, Ernst Nedwed und vielen anderen SJ-Funktionären erlebt.

1950 übersiedelte sie in den ÖGB zur Jugendabteilung, wo sie bei Fritz Konir und Alfred Ströer als Sekretärin tätig war. Bei Alfred Ströer blieb sie jahrzehntelang bis zu seiner Pensionierung. Dann blieb sie noch beim Nachfolger Herbert Tumpel an der Spitze des ÖGB. Nach ihrer Pensionierung kam sie in den 1990er Jahren zu den Soz. Freiheitskämpfern und arbeitete hier vor allem mit Alfred Ströer und seinem Mitarbeiterkreis zusammen.

Wir waren froh, sie als Mitkämpferin in unseren Reihen gehabt zu haben, und es ist für uns tragisch, dass wir sie plötzlich verloren haben, sagte Ernst Nedwed bei der Trauerfeier.



Wir werden Hilde Oberbichler in treuer Erinnerung behalten, so wie sie immer treu zu unserer Bewegung, zur Gewerkschaft und zur Sozialdemokratie gestanden ist. ■

Helmut Muigg zum Siebziger

Der Vorsitzende des Tiroler Landesverbandes Helmut Muigg beging am 26. 12. 2011 seinen 70. Geburtstag.

Bei einem solchen Datum kann man nur lange vorher oder nachträglich gratulieren. Bei dem im Februar 2012 abgehaltenen Bundespräsidium wurden dem lieben Freund und kämpferischen Landesvorsitzenden die besten Wünsche der Genossinnen und Genossen übermittelt.

Helmut Muigg kann ruhig als „68er“ bezeichnet werden, denn er ist in der Ära Kreisky in der Tiroler Partei in die Sozialdemokratie hineingewachsen. Zunächst als SPÖ-Vorsitzender in Wilten. Seine weiteren Funktionen ergaben sich vor allem im Vorstand der SPÖ Innsbruck und – was für uns besonders

wichtig ist: dass er ab dem Jahr 2000 neuen Schwung in den Landesverband brachte. 2006 übernahm er von Maria Kaiser die Stafette als Landesvorsitzender.

Seit dieser Zeit hat er viele Initiativen gesetzt, u. a. Zeitzeugengespräch in Schulen, Fahrten in KZ-Gedenkstätten und Zentren des Widerstandes. Mitgeholfen hat dabei sein Talent, mit anderen Organisationen, vor allem mit dem Renner-Institut zusammenzuarbeiten.

Helmut Muigg war zunächst als Schriftsetzer in der Gewerkschaftsjugend aktiv, später war er in der AK-Bildungsabteilung tätig und abschließend war er Geschäftsführer des bfi Tirol.

Wir wünschen dem lieben Freund Gesundheit und weitere Erfolge. ■

Februargedenken in Tirol

Die Februargedenken in Wörgl, Innsbruck und Landeck sind sehr würdig verlaufen.

In Wörgl hielt Bürgermeisterin Hedi Wechner die Gedenkrede. Die Lokalpresse hat darüber berichtet. In Innsbruck hat Zeitzeugin Dr. Rosi Hirschegger über den 12. Februar 1934 mit Sophia Reisecker gesprochen und auf die Frage, was sie als Leitlinie für eine sozialdemokratische Zukunft uns mitgeben kann, geantwortet: „Nicht nachgeben!!“

Ein besonderes Gedenken fand in Landeck statt. Bürgermeister Bertl Stenico und Mag. Walter Guggenberger, „Elder

Statesman“ der Tiroler Sozialdemokratie, wurde dabei die Otto-Bauer-Plakette, die höchste und sehr selten verliehene Auszeichnung der Freiheitskämpfer/innen, übergeben. Über dieses Ereignis hat die Oberinntaler Presse sehr ausführlich berichtet. Bei allen Veranstaltungen hat das Gesangstrio „La Banda“ (unsere Mitglieder Sonja und Andreas Hellbert sowie Dieter Oberkofler) geknollt Arbeiter- und Widerstandslieder gesungen und Sophia Reisecker geknollt und überzeugend Texte zu den Februarereignissen 1934 rezitiert. Allen gebührt unser herzlichster Dank! ■

Wir ersuchen um Verständnis, dass die letzte Nummer 2011 wegen Umstellung im Sekretariat, Krankheit sowie durch Übersiedlung des Verlages ausgefallen ist. Dafür werden im Jahr 2012 fünf Ausgaben des „Kämpfers“ erscheinen.

Die Kameraden aus der „Ostmark“

Rechtsextreme Umtriebe und neonazistische Aktivitäten werden in Österreich gerne verharmlost – und das, obwohl Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund in den letzten Jahren eklatant angestiegen sind. Der Rechtsextremismus-Bericht des Innenministeriums wurde 2002 auf Druck der FPÖ, die damals in der Regierung saß, abgeschafft. Der aktuelle Verfassungsschutzbericht sieht im Rechtsextremismus „keine ernsthafte Gefahr“, überdies handle es sich bei „der überwiegenden Mehrzahl der wegen rechtsextremer Handlungen angezeigten Tatverdächtigen“ um „Personen, die keiner einschlägigen Szene angehören“. Rechtsextreme Straftäter werden vom Verfassungsschutz also größtenteils als „dumme Buben“ ohne ideologischen Hintergrund und politisches Netzwerk wahrgenommen.

Dabei sollten spätestens seit dem Bekanntwerden der rechtsextremen Terrorzelle in Deutschland alle Alarmglocken schrillen. Denn aufmerksame BeobachterInnen der Szene wird es wenig überraschen, dass die Neonazis in Deutschland beste Verbindungen nach Österreich haben. Und obwohl direkte Verbindungen der Terrorzelle zu österreichischen Neonazis nicht nachweisbar sind, so zeigen sich doch klare Berührungspunkte – die deutsche und die österreichische rechtsextreme Szene sind bestens vernetzt. Eine zentrale Figur in der Zusammenarbeit zwischen deutschen und österreichischen Neonazis ist der derzeit in U-Haft sitzende Gottfried Küssel. So trat Küssel vor vier Jahren als Gastredner beim rechtsextremen „Fest der Völker“ in Jena auf, das zwei Kameraden des Terrortrios organisiert haben. Auch im Jahr 2009 trat Küssel vor jenen ostdeutschen

Neonazis auf, aus deren Reihen die TerroristInnen des „Nationalsozialistischen Untergrundes“ hervorgingen. Ein Sprecher des Innenministeriums wies auf Anfrage der Austria Presse Agentur darauf hin, dass die derzeitige U-Haft Küssels zeige, dass die rechtsextreme Szene in Österreich „unter Beobachtung“ stehe. „Wir sehen keinen Anlass zur Sorge“, betonte der Sprecher. Auch verweist das Innenministerium gerne auf das Verbotsgesetz, das in Österreich ein Erstarken der rechtsextremen Szene wie in Ostdeutschland verhindern würde.

Der Rechtsextremismus-Experte Heribert Schiedel aus dem Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes sieht die Situation etwas differenzierter. In einem Interview mit dem Radiosender FM4 beschreibt er die Problematik des Verbotsgesetzes wie folgt: „Das Verbotsgesetz wäre ein gutes und geeignetes Instrumentarium, um neonazistische Betätigung zu bekämpfen und das Vorfeld dieser neonazistischen Betätigung im Auge zu behalten. Es müsste aber auch entsprechend angewandt werden, und das ist immer eine politische Frage. Weder die Beamten noch das Innenministerium schwirren im unpolitischen Raum herum, das wäre eine Idealvorstellung. Natürlich werden hier immer parteipolitische Aspekte zu berücksichtigen sein. Je stärker die FPÖ ist – von 2000 bis 2005 war sie ja sogar in der Regierung –, desto schwieriger haben es die Beamten, das Verbotsgesetz anzuwenden beziehungsweise dem legalen Vorfeld, sprich Burschenschaften, Augenmerk zu schenken.“

In manchen Fällen scheint es, als würden rechtsextreme Straftaten mit terroristischem Einschlag – aus welchen Gründen auch immer – von den Behör-

den sogar aktiv vertuscht. Drei Fälle aus der jüngsten Vergangenheit seien in diesem Zusammenhang genannt:

Im Juni 2008, während in Österreich und der Schweiz die Fußball-EM stattfindet, brennt in Klagenfurt ein Flüchtlingsheim. Ein Afrikaner stirbt in den Flammen, 19 weitere Personen erleiden Verletzungen. Die Kärntner Polizei verkündet sofort, der Brand sei durch eine achtlos weggeworfene Zigarette ausgelöst worden – die AsylwerberInnen wären für den Brand also selbst verantwortlich. Eineinhalb Jahre später berichtet die Wiener Wochenzeitung „Falter“ unter Bezugnahme auf geheim gehaltene Justizakten, dass das Bundeskriminalamt offensichtliche Spuren von KFZ-Benzin im Brandschutt gefunden habe. Der Brand sei also gelegt und der Verfassungsschutz in Wien falsch informiert worden.

Im Juli 2010 kommt es erneut zu einem Brandanschlag, diesmal auf ein vorwiegend von türkischen Studierenden bewohntes Wohnheim in Wien-Floridsdorf. In der Tatnacht hatten rechtsextreme Skinheads zuerst Parolen und Morddrohungen an die Wände geschmiert. Als die BewohnerInnen die Polizei rufen, rücken die Neonazis vorerst ab. Doch als die Beamten das Wohnheim wieder verlassen, kehren die Skinheads zurück und zünden im Stiegenhaus einen Papiercontainer an. Der Brand konnte von der Feuerwehr glücklicherweise rasch gelöscht werden, doch der Rauch sei bereits bis zum letzten Stock gestiegen, berichtet eine Bewohnerin. Von Ermittlungsergebnissen gegen die Neonazi-Gruppe, die sich „Hammerskinz Floridsdorf“ nennt, ist bis heute nichts bekannt. Auch im Verfassungsschutzbericht findet sich kein Hinweis auf den Brandanschlag.

Am 22. Juli 2011, also genau an dem Tag, an dem in Oslo 77 Menschen dem rechtsextremen Terror zum Opfer fielen, versuchte der ehemalige Berufssoldat Johann N. aus Traun eine ähnliche Bluttat auszuführen. Mit einem Kleinkalibergewehr erschießt er einen 65-jährigen Rumänen und verletzt dessen Ehefrau und Sohn schwer. Der Amokläufer eröffnet kurz nach 22 Uhr ohne Vorwarnung das Feuer auf die Familie, die Verwandte in dem Haus besuchte, in dem auch N. lebte. Der Sohn des Opfers konnte Johann N. das Gewehr entreißen und so Schlimmeres verhindern. N. rampte ihm daraufhin ein Messer in den Bauch und ließ sich danach widerstandslos festnehmen. Direkt nach der Tat wurden als Motive des Täters Alkohol (obwohl der Täter bei der Tat nicht alkoholisiert war!), Beziehungsprobleme und ein Nachbarschaftsstreit genannt. Nach dessen Selbstmord im Oktober 2011 berichtete ein Mitarbeiter der Kriminalpolizei in den Oberösterreichischen Nachrichten, dass N.s Motiv „ausschließlich extrem fremdenfeindlich“ gewesen sei und „dass der Mann weit mehr Menschen töten wollte, als er dann tatsächlich geschafft hat“. Er habe sogar Schilder mit Aufschriften wie „Ich kann nicht mehr Autos stehen oder einbrechen!“ für seine Opfer vorbereitet.

Diese drei Beispiele zeigen, dass rechtsextremer Terror auch in Österreich eine reale Gefahr darstellt. Die Strategie der Behörden, diese Fälle kleinzureden, umzudeuten, zu vertuschen ist schon in Deutschland gescheitert. Wenn rechtsextreme Gruppierungen, ihre internationale Vernetzung und ihre Verbindungen in Ämter und einzelne Parteien nicht ernst genommen werden, sind weitere Gewaltausbrüche nur eine Frage der Zeit. ■

Manfred Scheuch vom Land Wien geehrt



Im Rahmen einer Feierstunde im Wiener Rathaus überreichte Vizebürgermeisterin Mag. Renate Brauner dem langjährigen AZ-Chefredakteur, Publizisten und Historiker Manfred Scheuch das Goldene Verdienstzeichen des Landes Wien. Die Ehrung fand in Anwesenheit von Landtagspräsident Prof. Harry Kopietz und dem Ersten Vorsitzenden des Wiener Gemeinderates, Godwin Schuster, statt.

In ihrer Laudatio würdigte Brauner das vielseitige, jahrzehntelange Schaffen von Manfred Scheuch. „Als Publizist und als Historiker hat sich Manfred Scheuch insbesondere um die Aufarbeitung der österreichischen Geschichte verdient gemacht. Mit seinen wunderbar editierten Publikationen über Österreich, Deutschland, die Länder Mittel- und Osteuropas oder über bedrohte Völker hat

er einem breiten Publikum Entwicklungen der Zeitgeschichte auf unnachahmliche Weise nähergebracht“, so Brauner. Scheuch habe als Journalist immer das Versöhnende über das Trennende gestellt und dabei maßgeblich insbesondere die Ära Kreisky publizistisch begleitet.

Manfred Scheuch wurde am 31. Juli 1929 in Wien geboren und ist promovierter Historiker. Ab 1963 arbeitete er als Redaktionsmitglied bei der Arbeiterzeitung, wo er 1967 die Leitung des Ressorts Innenpolitik übernahm. 1970 wurde er zum Chefredakteur der Arbeiterzeitung bestellt, eine Position, die er bis 1989 ausübte. Nach seiner Tätigkeit in der Arbeiterzeitung fungierte er ab 1990 als Chefredakteur des Wiener Blattes, von 1992 bis 1996 des Wiener Telegramms und später als Redakteur des Österreich Magazins der SPÖ. In den 90er Jahren begann Scheuch eine umfassende zeitgeschichtliche Publikationsreihe über die Geschichte Österreichs, Deutsch-

lands, die Länder Zentral- und Osteuropas sowie über bedrohte Völker in Asien und Afrika, die u. a. auch als Artikelserien in der Tageszeitung „Der Standard“ erschienen sind. Darüber hinaus hat Scheuch im Jahr 2000 gemeinsam mit Wolfgang Petritsch ein Buch über Bundeskanzler Bruno Kreisky veröffentlicht. 2005 erschien der Band „Der Weg zum Heldenplatz“, in dem Scheuch die historischen Entwicklungen von 1933 bis 1938 nachzeichnet. Scheuch ist Träger zahlreicher Auszeichnungen, darunter des Karl-Renner-Preises und des Preises der Stadt Wien für Volksbildung.

Seit 1995 betreut Manfred Scheuch als Redakteur auch unsere Zeitschrift „Der Sozialdemokratische Kämpfer“, die in der Öffentlichkeit insbesondere bei den Antifaschisten ein hohes Ansehen genießt. Namens des Bundesvorstandes gratulierte Vorsitzender Ernst Nedwed dem durch das Land Wien ausgezeichneten Historiker und Journalisten.

Wir gratulieren

Zum 97. Geburtstag: Hans Pawlik, Klagenfurt; Hans Steiner, Tschurndorf. **96. Geburtstag:** Elly Weber, Wien. **95. Geburtstag:** Otto Libal, Linz; Marie Stanzl, Wien. **93. Geburtstag:** Valerie Griesmayer, Baden. **92. Geburtstag:** Karl Steinocher, Salzburg; Eleonore Dietel, Wien. **91. Geburtstag:** Margarete Flieger, Waidhofen/Thaya; Anneliese Albrecht, Josefine Borth, Hermine Kolar, Pauline Pölzer, Berta Pospichal, Wien. **90. Geburtstag:** Walter Fischer, Baden. **85. Geburtstag:** Hans Hesele, Baden; Leo Plattner, Innsbruck; Franz Häring, Rohrbach-Steinberg; Ernestine Frasl, Josef Fücsök, Maria Polednik, Hans Posset, Leopold Schabetsberger, Kurt Seibezeder, Albin Slabina, Paula Vitek, Wien. **80. Geburtstag:** Albert Feigl, Josef Pernerstorfer, Gertrude Wagner, Johann Zemann, Wien. **75. Geburtstag:** Günter Decker, Bad Hall; Franz Bauch, Langenzersdorf; Josef Bauernberger, Leonding; Thomas Weidenholzer, Salzburg; Editha Kolm, Schwechat; Rudolf Neudauer, Siegendorf; Hermann Supper, Weiz; Laszlo Horn, Arnold Karner, Helmut Kulhanek, Wien.

Diese Liste umfasst alle Geburtstage der Monate: November, Dezember 2011 und Jänner 2012.



Ein neues Buch von Werner Wüthrich über Brechts „Koloman Wallisch“

Im Februar 1934, nach den Kämpfen zwischen der Heimwehr und dem Republikanischen Schutzbund, wurde Koloman Wallisch (1889–1934), Kommandant des Republikanischen Schutzbundes in der Steiermark und Abgeordneter zum Nationalrat, von einem Standgericht zum Tode verurteilt und hingerichtet. Er ging als Symbolfigur für einen kompromisslosen Widerstand gegen Diktatur und Faschismus in die Literatur ein.

Auch Bertolt Brecht setzte sich mit dem bewaffneten Widerstand der Arbeiterbewegung in Österreich auseinander, er widmete Koloman Wallisch 1935 im dänischen Exil eine

(Fragment gebliebene) Kantate, die Hanns Eisler hätte vertonen sollen.

Der Schweizer Theaterautor und Brecht-Forscher Werner Wüthrich fand 2002 in der Nähe von Zürich unbekanntes Brecht-Manuskripte, darunter Gedichte und einen „Handlungsplan“, in dem Brecht die Dramaturgie der Kantate skizziert hatte. Aus diesen Fundstücken hat Wüthrich einen Dramentext geschaffen, der Anfang 2012 im Innsbrucker StudienVerlag erschienen ist.

Das Buch wurde bei der Veranstaltung im Literaturhaus in Wien am 16. 2. 2012 präsentiert. Nach einer Begrüßung durch die schweizerische Botschaft

stellte Werner Wüthrich gemeinsam mit dem Grazer Historiker Werner Anzenberger und dem Wiener Komponisten Herbert Laueremann seinen Text und dessen historisch und politisch brisante Kontexte vor.

Einige Tage später gab es eine weitere Präsentation in Graz. Die interessante Arbeit von Bert Brecht wird damit für künstlerische Veranstaltungen aktiviert und Werner Wüthrich ist gerne bereit, an Veranstaltungen mit Lesetexten oder Interpretationen aus dem „Handlungsplan“ Bert Brechts teilzunehmen.

Informationen darüber sind im Sekretariat des Bundes So-



zialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen abzurufen.

Das Buch ist in der Buchhandlung Löwelstraße zu bestellen (01/534 27-323 oder 343). ■

Buch-Neuaufgabe „Mich könnt ihr löschen, aber nicht das Feuer“

Im Herbst 2011 erschien die dritte Auflage des Buches „Mich könnt ihr löschen, aber nicht das Feuer“ von Willi Weinert mit den Biografien von 600 im Wiener Landesgericht während der Nazi-Zeit hingerichteten Widerstandskämpfer/innen. Die Biografien wurden umfassend erweitert, neu bearbeitet und durch 60 weitere von Personen ergänzt, die nach 1945 aus der Gruppe 40 exhumiert und auf andere Friedhöfe umgebettet oder deren Urnen aus KZs oder deutschen Friedhöfen nach Österreich gebracht wurden. Damit liegen in diesem Führer durch den Ehrenhain der Gruppe 40 am Wiener Zentralfriedhof rund 650 Biografien vor. Alleine dieser Buchteil umfasst 200 Seiten.

Das Buch stellt das bislang umfangreichste biografische Nachschlagewerk zu österrei-

chischen WiderstandskämpferInnen dar. Es erfasst etwa drei viertel aller durch den NS-Volksgeschichtshof in einem Hochverratsprozess zum Tode verurteilten Personen.

In Verbindung mit den zahlreichen in Archiven aufgefundenen und durch Privatpersonen zugänglich gemachten neuen Fotos werden diesen später geköpften Frauen und Männern Gesichter gegeben. Durch diese Fotos, zahlreiche Illustrationen und Faksimiles von Urteilen, Plakaten u. Ä. gewinnt das Buch auch optisch. Inhaltlich ist es durch zahlreiche Artikel rund um die Geschichte der Gruppe 40 und den Umgang der Behörden mit dieser größten Gedenkstätte auf einem Friedhof in Europa sowie durch die Darstellung der Entwicklung der Denkmallandschaft auf dem Areal hochinteressant.

Viele, von denen in diesem Buch berichtet wird, haben bereits lange vor der Moskauer Deklaration auf unterschiedlichste Weise den Kampf gegen Hitlerdeutschland und für ein freies, unabhängiges und demokratisches Österreich aufgenommen. Im Buch begegnet der Leser Parteilosen, Katholiken, Sozialisten und natürlich überwiegend Kommunisten.

Das Buch trägt wesentlich dazu bei, das Andenken an diese Menschen wachzuhalten, die einer brutalen, schier unbezwingbaren Diktatur Widerstand leisteten und als kampffentschlossene Minderheit den richtigen Weg beschritten. Es stellt eine äußerst wertvolle Ausgangsbasis für weitergehende biografische und lokalhistorische Recherchen und damit für die Erinnerungsarbeit unseres Bundes dar. ■

Gerald Netzl

Die Dokumentation von Willi Weinert ist eine verdienstvolle Arbeit im Sinne des „Niemals Vergessens“ der Opfer im Kampf gegen den Nazifaschismus. Dennoch wäre es im Kapitel „Gruppe 40: Eine Chronik“ nicht unwichtig, darauf hinzuweisen, dass das beeindruckende, von Leopold Grausam geschaffene Mahnmahl über Initiative der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer, die es beim Bürgermeister Michael Häupl angesprochen haben, entstanden ist. Leider sind die Freiheitskämpfer in diesem Buch nur in einem Zusammenhang mit einer nicht möglichen Intervention im Innenministerium genannt, aber das soll nicht den hohen Wert dieser Dokumentation von Willi Weinert schmälern, sondern nur einen Gleichklang in der Nennung von anderen Förderern und Unterstützern herstellen. (Anm. d. Red.)

Otto-Bauer-Plaketten vergeben

Bei der schon zur Tradition gewordenen Jahresabschlussfeier des Landesverbandes Wien im Dezember 2011 überreichten die Vertreter des Präsidiums den beiden schon lange im Wiener und im Bundesvorstand aktiv tätigen Funktionären Ernst Jaritz und Theo Maier in feierlicher Form die Otto-Bauer-Plaketten. Ernst Nedwed betonte bei dieser Gelegenheit, wie wichtig die ehrenamtliche Arbeit vieler Mitglieder in den Opferverbänden ist, denn nur durch sie können Aufklärungsarbeit und Hilfe für die Überlebenden auf breiter Basis geboten werden. Kein Institut und keine Behörde kann für diese Arbeit einen zahlenmäßigen, geschweige denn qualitativen Ersatz bieten. ■



Theo Maier und Ernst Jaritz mit der Otto-Bauer-Plakette ausgezeichnet

Achtung! Neue Bürozeiten

Das Büro des Bundes der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer/innen hat ab sofort neue Öffnungszeiten:

Montag bis
Donnerstag
von 12
bis 17 Uhr,
am Freitag ist das
Büro unbesetzt.

Staatsakt für die Opfer des Naziterrors

Etwas Menschenverachtenderes habe ich nie gesehen. Es ist eine Schande und ein Anschlag auf unser Land“ – diese Worte bekannte Deutschlands Bundeskanzlerin Angela Merkel im Rahmen eines Staatsaktes in Berlin am 23. Februar 2012, mit dem die deutsche Politik der zehn Opfer gedachte, Kleinhändlern aus Migrantenkreisen und einer deutschen Polizistin, die von einer Neonazi-Bande aus Zwickau (Sachsen) ermordet wurden.

Wie sich bei ersten Untersuchungen ergab, standen die Untergrund-Nazis in engem Nahverhältnis zur rechtsradikalen NPD, deren Funktionäre für die Terroristen die Tatwaffe besorgten.

Bei dem Staatsakt wurden zwölf Kerzen für die Neonazi-Opfer entzündet, und die Bundeskanzlerin versprach, „alles aufzuklären und eine Wiederholung durch Ausnützen aller Möglichkeiten des Rechtsstaates zu verhindern“. Gleichgültigkeit wäre verheerend, aber auch die Zivilgesellschaft ist aufgerufen, hier wachsam zu sein. Und es war ein großer Moment, als Merkel sich bei den Angehörigen der Opfer für das Versagen des Staates, vor allem des Verfassungsschutzes, entschuldigte.

Ein Ergebnis könnte sein, dass die NPD, die ja noch immer als Partei wie andere gilt, endlich verboten wird. ■

Mitarbeiter/-innen dieser Ausgabe: Klaus Bergmaier, Annemarie Hopfgartner, Ali Kohlbacher, Peter Larndorfer, Waltraude Licen, Harald Ludwig, Helmut Muigg, Ernst Nedwed, Gerald Netzl, Alexander Neunherz, Manfred Scheuch, Susanna Steiger-Moser, Dieter Strobel, Alfred Zach, Eva Zeman. **Grafische Gestaltung:** Andreas Schnierer. **Lektorat:** Roswitha Singer-Valentin. **Redaktionsschluss dieser Ausgabe:** 29. Februar 2012.

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/inn/en. 1014 Wien, Löwelstraße 18, Telefon: 01/534 27-277, Fax: Dw. 258, E-Mail-Adresse: kaempfer@spoe.at, Internetadresse: www.freiheitskaempfer.at **Produktionsleitung:** VWZ Zeitschriftenverlag Ges.m.b.H., Media Quarter Marx 3.2, Maria-Jacobi-Gasse 1, 1030 Wien, Telefon: 524 70 86-0

Fotos: Wenn nicht anders vermerkt: Redaktion Freiheitskämpfer

Hersteller: Gutenberg, 2700 Wiener Neustadt

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Information über neofaschistische und rechtsextremistische Bewegungen, Vereinsnachrichten, Informationen der Opfer des Faschismus. **Zlnr.:** GZ 02Z03355M